

Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinismus

Kreisky, Eva

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreisky, E. (2001). Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinismus. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(2), 137-159. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59682>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinismus

Ökonomische Globalisierung ist als geschlechtsgebundener Prozess zu identifizieren. Dennoch aber ignoriert der Mainstream in der Globalisierungsdebatte diese gesellschaftliche Tatsache. Dieser Beitrag versucht daher, geschlechterrelevante Aspekte globaler Veränderungen freizulegen. Globalismus ist die neoliberale Variante, Ökonomien, Gesellschaften und Geschlechterregime neu zu ordnen. Aus einer feministischen Perspektive scheint es unzureichend, die Kategorie Geschlecht nur auf Frauen zu beziehen und sie zudem als alleinige Opfer der Globalisierung zu betrachten. In neo-liberale Globalisierung ist jedenfalls auch Maskulinismus eingeschrieben, der einen Trend zu restaurativer Geschlechterpolitik indiziert.

1. Vorbemerkung¹

Die aktuelle Phase kapitalistischer Entwicklung wird als Ära der Globalisierung² apostrophiert. Globalisierung ist die „große Erzählung“ des Augenblicks. Sie ist in aller Munde, ohne dass darunter alle auch Gleiches verstehen. Kleinster gemeinsamer Nenner scheint der Verweis auf Entgrenzung des Kapitalismus, auf Erweiterung und Verdichtung globaler Netze, insbesondere jener ökonomischen Zuschnitts, bei Verengung (national-)politischer Entscheidungs- und Handlungsräume. In diesen Vorgängen erweisen sich (National-)Ökonomien agiler, flexibler und „kosmopolitischer“ als herkömmliche (National-)Staaten. Deren beschleunigte soziale und politische Entmächtigung muss gerade sozial und ökonomisch Schwache verstören, rangieren doch weltweit Profite vor sozialem Wohlergehen von Menschen, das vielen vor allem sozialstaatlich vermittelt wird (Chomsky 2000, 32).

Globalität ist „kein Zustand passiver Weltgegenwart“, sie wird „hergestellt“ (Narr/Schubert 1994, 21). Aufgabe kritischer Politikwissenschaft ist es darum, im „Zustand“ die gesellschaftlichen Bedingungen und treibenden

Kräfte wiederzuerkennen, den Prozess der „Herstellung“ in seiner ideologischen Verankerung und Interessengebundenheit zu verstehen. Eine solch dekonstruktive Bestimmung von Politikwissenschaft ist erst zu verwirklichen, wenn sie auch der Geschlechterfrage gewahr bleibt, also geschlechterrelevante Momente aufspürt und als solche markiert, die „Herstellung“ als einen auch geschlechtsgebundenen Prozess freilegt.

Die erst junge feministische Neo-Liberalismus- und Globalisierungsdebatte tut gut daran, den Blick von unabwendbar scheinenden Auswirkungen neo-liberaler Globalisierung auf Frauen auf Paradoxien und Ambivalenzen dieses Prozesses insgesamt zu richten. Für feministische Analysen der Tendenzen der Weltwirtschaft, die nicht „unterkomplex“ geraten sollen, ist eine relationale Akzentuierung von Geschlecht unverzichtbar. Zum einen sollten daher Frauen in ihrer Betroffenheit und strategischen Position in der Weltwirtschaft sichtbar gemacht werden, zum anderen aber muss auch der männliche Anteil an den Vorgängen neo-liberaler Globalisierung explizit werden (dies gilt auch vice versa). Die strategische Bedeutung des Geschlechts wäre auch für Malestream-Analysen globalisierter Wirtschaft einträglich.

2. Globalisierung als Regulation von Zeit und Raum

Mit der Phrase von der Globalisierung werden heterogene, widersprüchliche, gleichwohl auch ineinandergreifende Momente weltweiter ökonomischer, technologischer, sozialer, politischer, militärischer und kultureller Umbrüche zum zentralen Syndrom der Spätmoderne gebündelt. Vor allem aber signalisiert das Ordnungsmuster der Globalisierung eine „tiefgreifende geographische Reorganisation des Kapitalismus“ (Harvey 1997, 33). Globalisierung zielt auf Bewegungsfreiheit für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte, auf möglichst unbehindertes Passieren nationalstaatlicher Begrenzungen. Die Ökonomie weitet sich jedoch nicht einfach über nationale Grenzen hinweg aus. Wie sich etwa in Metropolen und Großstädten erleben lässt, „denationalisiert“ Globalisierung selbst „nationales“ Territorium: Der transnationale Charakter der Kommandozentralen globalen Kapitals, aber auch die „verschiedenen kulturellen Gemeinschaften“ der „Immigrantenarbeiterschaft“ prägen neue urbane Ökonomien (Sassen 2000a, 22 und 26f.). Die Dominanz, ja geradezu totalitäre Definitions- und Gestaltungsmacht in diesen komplexen Vorgängen liegt fraglos in der strukturellen Vor-Macht kapitalistischer Ökonomie und ihren marktfundamentalistischen wie monetaristischen Wertdiktaten; „mit der Wirtschaft [globalisiert sich] auch alles andere“ (Altwater/Mahnkopf 1996, 13), Politik, Militär, aber auch Kultur.

2.1. Die Genese globalen Wirtschaftsdenkens

Das mentale wie reale „Er-Fahren“ von Welt ging in der Geschichte der Menschen in Schüben voran. Immer existierten Imaginationen dessen, was „die Welt“ ausmache, die Spannweite von Globalität variierte jedoch. Kriegerische Raub- und Eroberungszüge wie Handelsbeziehungen waren schon früh Motive, sich einem weiteren als dem lokalen „Universum“ zu öffnen. Akkumulation von Kapital war stets auch eine Frage von Raum und Weltgeographie,

von Expansion, räumlicher Neuorganisation und „ungleicher raumzeitlicher Entwicklung“ (Harvey 1997, 29 und 42). Im Tross europäischer Welteroberung formierte sich im 16. Jahrhundert die „europäische Weltwirtschaft“. Allerdings hätten Kapitalisten, wie Immanuel Wallerstein (1986, 99) bemerkt, damals „nicht Flagge gezeigt“. Individualismus, Rationalismus, Freies Unternehmertum und Freier Handel waren noch keine hegemonialen Ideologien. Diese sollten erst im 18. und 19. Jahrhundert zu Weltanschauungen heranreifen. Sofern Ideologie zu jener Zeit überhaupt Bedeutung hatte, war dies die Version einer Staatsideologie, die neuzeitliche Idee von der „Staatsräson“.

Mit der Genese der Moderne nahm auch die Idee von einem Weltsystem konkretere Gestalt an: Zunehmend kamen so genannte *außer-europäische* Regionen in das bis dahin (west)europäisch limitierte Blick- und Handlungsfeld und nährten Begehrlichkeiten – nach Gewürzen, Gold und anderen Rohstoffen. Mit den Entdeckungen, Eroberungen und brutalen Unterwerfungen bis dahin unbekannter Weltregionen sowie dem Aufkommen eines regen Handelskapitalismus waren Fundamente für das Gewalt- und Abhängigkeitssystem des modernen Kolonialismus gelegt. Das moderne Weltsystem war als vereinheitlichter, aber extrem ungleicher internationaler Zusammenhang geboren. Nur einzelne europäische Länder – oder sogar nur wirtschaftliche Sektoren in ihnen – schafften freilich auch diese frühe Form von Kapitalisierung und Internationalisierung. Der große Sprung sollte erst im Verlaufe des 19. Jahrhunderts im Kontext weiterer Durchstaatung, wichtiger technologischer Innovationen sowie der dadurch auf den Weg gebrachten Industrialisierung erfolgen (Narr/Schubert 1994, 19). „Die moderne Industrie“, konstatierten Karl Marx und Friedrich Engels 1848, „jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen“ (Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, 465). Die bürgerlich-liberale Doktrin des Freihandels sollte schließlich den ideologischen Antrieb für planmäßige Welteroberung und Weltfragmentierung bieten (Chomsky 1997, 28).

Obwohl von allem Anfang Kapitalismus grenzenlos und in globalen Dimensionen gedacht wurde, bedurfte er zu seiner Trans-Nationalisierung realiter (national-)staatlicher Assistenz, ja der Staat gilt geradezu als „Wegbereiter des globalen Wirtschaftssystems“ (Sassen 2000a, 22). Dem historischen Konstrukt des Nationalstaates war Reziprozität eingeschrieben, garantierte er doch – wenn auch begrenzt – Freiheit wie Sicherheit, erwartete im Gegenzug aber Steuerleistungen wie Respekt vor staatlichem „Gewaltmonopol“ (Kreisky/Sauer 2000, 129). Die Ausdehnung zum Weltmarkt musste daher – entgegen beharrlicher verbaler Anti-Staatlichkeit – auch Hemmnisse seitens investierender, regulierender und intervenierender (National-)Staaten in Kauf nehmen. Weiterhin fragt Wallerstein (1986, 99), „warum ... ausgerechnet dem Kapitalismus, der ja keine Grenzen kennt, die Entwicklung starker Staaten günstig gewesen sein [sollte]“. Die Bedingungen des industriellen Kapitalismus erforderten und schufen zwar den Weltmarkt, zu seiner Erschließung aber benötigten sie eines auch (national-)staatlich legitimierten und alimentierten Abenteuer- und Räubertums³.

„Kolonialexpansion“ wie das Weltmachtstreben des Imperialismus folgten aus zwingender Akkumulationslogik kapitalistischer Wirtschaftsweise; die ihr inhärente Profitgier ließ sie planmäßig nach neuen, auch „äußeren“ Märkten fahnden. Dies geschah im Geleit (national-)staatlicher Macht, durch Bereitstellung von Vorleistungen und Infrastrukturen wie durch Einsatz staatlich „monopolisierter physischer Gewalt“. Die eskortierende Ordnungsmacht des Staates nach innen wie nach außen war unerlässlich zur Ausformung und Stabilisierung des kapitalistischen Systems. Zum Verständnis der Bedeutung dieser „inneren“ Befriedung ist auch eine Geschlechterperspektive höchst aufschlussreich: Männliche politische Dominanz und moderne staatliche Macht wurden zeitgleich institutionalisiert. Der moderne Nationalstaat erweist sich nicht nur als historisches Konstrukt, sondern zudem als ein maskulinistisches Politikprojekt, da er im Grunde auf politisch privilegierter männlicher Waffenfähigkeit beruht – bei gleichzeitigem Ausschluss von Frauen aus dem

politischen Nationalisierungsprozess (Kreisky/Sauer 2000, 129).

Staatsschwäche schien innerer Befriedung ebenso wie globaler Penetration hinderlich. Wallerstein (1986, 99) folgert daher als Voraussetzung für den Triumph „kapitalistischer Weltwirtschaft“ eine duale Struktur, wonach „wirtschaftliche Entscheidungen primär auf die Arena der Weltwirtschaft ausgerichtet“ bleiben, während sich „politische Entscheidungen primär an kleineren Strukturen orientieren, wo es legale Kontrolle geben kann – also den Staaten (Nationalstaaten, Stadtstaaten, Imperien) innerhalb der Weltwirtschaft“ (Wallerstein 1986, 99). Moderne Staaten entwickelten sich im Gleichklang mit dem Aufschwung des Weltsystems. Wie sich die neue Ökonomie nicht ohne schützende und fördernde Hand des Staates zur „gesellschaftlichen Normalwirtschaft“ entwickeln hätte können, hätte auch der neuzeitliche Staat ohne die neuen ökonomischen Praktiken nicht eigenes wie fremdes Territorium durchdringen sowie seine (männliche) Herrschaft festigen können (Narr/Schubert 1994, 28). Mit dem Übergang zum Stadium des Imperialismus steigerten sich Aggressivität und Destruktivität sowohl des Kapitalismus wie auch der mit ihm alliierten staatlichen Mächte.

2.2. *Das Neue an der Globalisierung der Gegenwart*

Kolonialismus oder Imperialismus als epochegebundene Formen der „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes“ (Karl Marx, Kapital I, 24. Kap., 7. Abschnitt) und aktuelle ökonomische Globalisierung bzw. Transnationalisierung für zwar zeitdifferente, aber im Grunde doch symptomidentische Phänomene zu halten, wäre ein enthistorisierender Zugriff. Doch selbst bei akkurater Kontextualisierung springen trotz innovativer Elemente historische Analogien und kongruente Faktoren ins Auge. Eine grundlegende Differenz ergibt sich jedoch in der (National-)Staaten jeweils zugeordneten Rolle: Waren sie zunächst Vorbedingung erfolgreicher Weltmarktbeherrschung, so relativiert sich auf Grund „globaler Weitung der Nationalökonomie zur Weltökonomie“ allmäh-

lich die Bedeutung staatlicher Souveränität; die tonangebenden Akteure der kapitalistischen Weltökonomie verneinen daher, sich nun ihrer (national-)staatlichen Krücken entledigen zu können (Narr/Schubert 1994, 29).

In der Literatur scheiden sich die Positionen zwischen jenen, die Globalisierung als einen mehr oder weniger fortlaufenden Trend betrachten, und jenen, die aktuelle Globalisierung als neuartiges Phänomen deuten (vgl. die Rekonstruktionen solcher Debatten bei Narr/Schubert 1994; Altvater/Mahnkopf 1996). Am häufigsten aber sind vermittelnde Positionen, die allesamt eine „prozess“-betonte Sicht verkörpern, die Globalisierung als „untergründiges“, latentes Muster kapitalistischer Entwicklung deuten, aber betonen, dass vorhergehende Globalisierungsvorgänge niemals so „tiefgründig“ integrierend wirkten wie heute, weil sie gesellschaftliche Produktions- und Lebensweisen niemals als Ganzes erfasst hätten und auch niemals „alltagsweltlich erfahrbare Wirklichkeit“ darstellten (Altvater/Mahnkopf 1996, 21 und 33). Nicht die „Standards eines Weltsystems“ waren zuvor leitend, sondern die „Lebensweise vor Ort“ war bestimmend (ebd., 21). Auch wenn Kontinuität globaler Orientierung des Kapitalismus einigermaßen plausibel scheint, trägt der gegenwärtige Typus von Globalisierung – als Beschleunigung von Zeit und Eroberung neuartiger Räume – bislang unbekannte Züge: Denn „[n]och nie zuvor waren die Menschen auf der von ihnen bewohnten Erde so eng miteinander verknüpft“ (Narr/Schubert 1994, 21), und noch nie war Globalität so allgewaltig, dass Ausscheren aus globaler Drift immer weniger möglich scheint. Der vermeintlich unabwendbare Drang zum Globalen wurde gleichsam zur Natur postfordistischer Spätmoderne. Daher vermag der Weltmarkt, sich als „Sachzwang“ in den Köpfen einzuschreiben (Altvater 1987). Mehr denn je erscheinen Verhaltens- und Konsummuster standardisiert. In globalem Verkehr werden souveräne gesellschaftliche und politische Wege oder Nischen individuellen Rückzuges immer weniger toleriert. Obwohl Homogenisierung sich als überaus starke Tendenz erweist, nimmt zur gleichen Zeit auch Fragmentierung zu: Die Komprimierung

zu *einer Welt* wird zwar fassbarer, zeitgleich erleben wir aber auch die Aufspaltung in unterschiedliche und gegensätzliche *Welten in der Welt*.

Neu an den Globalisierungsphänomenen der Gegenwart ist nicht bloß eine durchgreifende Ausbreitung ökonomischer Macht, eine Erweiterung der Märkte oder die Unterwerfung unternehmerischen Handelns unter Weltmarktnormen, ihre tendenzielle „Denationalisierung“ (Narr/Schubert 1994, 28; Sassen 2000a, 21 und 173f.); neu ist vielmehr Potential und Intensität globaler Vernetzung mit Hilfe neuartiger Informations- und Kommunikationstechnologien, die durch rasante wie ungezügelte Produktion von Ort- und Zeitlosigkeit die – mit Beginn der Moderne einsetzenden – Globalisierungsprozesse „qualitativ“ vertieft haben (Kaldor 2000, 114). Neu ist also der Grad an Entgrenzung, die „Hypermobilität“ von Kapital (Sassen 2000a, 22), die Tyrannei staatenloser Finanzmärkte, das Erschließen elektronischer Räume und dadurch die zunehmende „Entwirklichung“ von Ökonomie, die Relativierung von Raum und Zeit, was auch den Bedeutungsverlust (national-)staatlicher Souveränität wie die Erosion staatlicher Autorität antreibt. Verregelte Politik, zum ungeliebten Konterpart Freier Wirtschaft stilisiert, wird nun laufend entmächtigt oder bestenfalls als ökonomischer Hegemonialisierung zuarbeitende Handlangerin respektiert. Politische Macht scheint immer offenkundiger vor ökonomischer zu kapitulieren. Das globale Hegemonialwerden neo-konservativer wie neo-liberaler Rhetorik der Politik kann als Beleg hierfür dienen.

Nur „die Welt“, gerade weil sie mehr virtuell als real erscheint, bedeutet kapitalistischem Geist der Spätmoderne Offenheit und Aktivität, während alles „Ortsgebundene“ (Sassen 2000a, 23), auf „Territorien“ Orientierte als überkommen, begrenzt und passiv gilt. „Der abstrakte Raum des globalen Systems setzt sich gegen den banalen Raum des Alltagslebens der Menschen und der Produktionsbedingungen ‚am Standort‘ durch“ (Altvater/Mahnkopf 1996, 13). Die „Standort-Welt“ ist jedoch „keine Tatsache, sondern die Wunschtraumwelt des Kapitals“ (Knobloch 1996): Länder, Regionen,

Städte sollen um die Gunst launischen Kapitals buhlen. (National-)Staaten wie subnationale Entitäten lassen sich immer mehr zu bloßen politisch-administrativen Statthaltern transnationaler Kapitalinteressen degradieren und geben dafür selbst fundamentale Lebens- und Arbeitsinteressen der großen Mehrheit ihrer BürgerInnen preis.

2.3. *New Economy*: „*Brave new world*“

Was in unserer Zeit zählt, mit professioneller Ehre und viel Geld bedacht wird, ist die clevere, quicke, weltausgerichtete *New Economy*.⁴ Deren schlanke und flexible Geschäftsmodelle faszinieren und werden zum Weltmaßstab imponierenden Wirtschaftens stilisiert. Die (überwiegend männlichen) „jungen Wilden“, neue Unternehmensgründer und „Cyberhelden“, werden als „Superstars“ und Abenteurer des Freien Marktes, als Pioniere jenseits vermeintlicher Staatspfünde, als einsame Heroen im „Wilden Westen“ globaler Ökonomie vermarktet; diese „jungen Einstein“ werden von Risikokapitalgebern umworben, der Kapitalmarkt öffnet sich ihnen bereitwillig, die Börsen sieden angesichts zahlreicher schneller Börsengänge, aber auch die Politik, ob liberal, konservativ oder sozialdemokratisch, hofiert sie. In den Massenmedien ist der Börsenreport mittlerweile ebenso attraktiv und begehrt, wie dies bisher wahrscheinlich nur die Sportberichterstattung war (Die Zeit, 9.11.2000, 39; Der Standard, 4.1.2001, 10.1.2001).

Als hoch bewertete globale Märkte gelten nicht nur jene des Finanz- und Börsewesens, sondern auch jene der „neuen Dienstleistungen“ (Sassen 2000a, 20). „Start-ups“ und „Dotcoms“ bilden die Settings, in denen die kühne „ökonomische Revolution“ der Gegenwart vorbereitet, inszeniert und weltweit verbreitet wird. Ab 1997 galt für „Wagniskapitalgeber“ die High-Tech- und Internetbranche als das verlockendste Schürfgebiet (Der Standard, 4.1.2001), es herrschte förmlich „Goldgräberstimmung“ (Der Standard, 10.1.2001).

Die bis Herbst 2000 erfolgssichere *New Economy* durchlebt nach ihrem manischen

Gründungsboom und fulminanten Börsen-Rausch im Augenblick eine veritable Krise. Die jüngsten Kursabstürze an den Weltbörsen waren bemerkenswert.⁵ Die weltweite Euphorie um *New Economy* wird daher erstmals mit Skepsis bedacht. Sofort aber wird dagegegehalten, dass lediglich überzüchtete Spekulationsblasen geplatzt wären und nun die Normalisierung des „Dotcom-Hypes“ stattfände, auch die *New Economy* also „gesundschumpfe“ (Der Standard, 10./11.2.2001). Die Beschleunigungskurve hätte nur einen vorübergehenden Einbruch erfahren. Die Krise wird als Stau in den Finanzierungen durch Venture-Kapitalgeber gedeutet, für die Wachstum unter 20 Prozent reizlos sei (Der Standard, 10./11.2.2001). Die „next generation“ mit wesentlich solideren Businessplänen stünde aber bereits in den Startlöchern und die nächste Finanzierungsrunde werde demnächst eröffnet (Der Standard, 10./11.2.2001).

Die aktuelle Krise verdeutlicht aber auch, dass die *New Economy* keineswegs ein neues, abgeschottetes Universum darstellt, das jenseits aller „Terms of Old Economy“ zu bestehen vermag. So hält Noam Chomsky am Beispiel der USA dem globalen Appeal der *New Economy* nüchtern entgegen, dass „[f]ast jeder dynamische Bereich der Wirtschaft ..., darunter auch die vielgerühmte ‚New Economy‘, ... in einem hohem Maß vom gewaltigen staatlichen Sektor abhängig [ist], viel davon unter dem Titel ‚Verteidigung‘“ (Der Standard, 5.1.2001, Album, 5). Quintessenz der „neuen Weltordnung“, wie sie seit dem Golfkrieg 1991 vorherrscht, ist die unumschränkte Rolle der USA als „Weltpolizist“, dafür aber wird auch strategisches und technologisches Know-how in gewaltigen Dimensionen benötigt. Die Sicherung der hegemonialen Weltposition der USA vermag daher auf ihrem Terrain die *New Economy* vital zu halten.

Es ist zugleich aber höchst unwahrscheinlich, dass auch andere „Standorte“ von diesem strategischen Weltkonzept mit derselben Dauerhaftigkeit profitieren werden können.⁶ Ohne den staatlichen Militärssektor würde selbst in den USA die vielgepriesene *New Economy* chancenlos sein.

2.4. Idealisierte Globalisierung: Spielart friedlicher, demokratischer Welterschließung

Die häufig artikulierte Kritik an Globalisierungstendenzen wie -folgen versucht man auch durch Akzentuierung möglichen Nutzens von Globalisierung zu konterkarieren oder mindestens zu neutralisieren. Soziale und ökonomische Möglichkeiten werden hier ebenso genannt wie potenzielle positive Effekte für die Sphäre des Politischen. Es gilt hier daher auch, solche Globalisierungsmythen zu diskutieren: erstens ökonomische Globalisierung als vermeintlich sanfter, friedvoller Modus von Welterschließung und zweitens das egalisierende Potenzial, das in Globalisierungsvorgängen ebenfalls eingelagert scheint und gerne zu einem demokratisierenden Impetus idyllisiert wird.

In gängigen politischen Rhetoriken erscheint ökonomische Globalisierung ihrer strukturell „gewalttätigen“ Seiten entkleidet und wird zur friedlicheren, humaneren Version ihrer historischen Prototypen, Kolonialismus und Imperialismus, heruntergespielt. Eigentlich aber gibt es wenig Anlass, aktueller Globalisierung Harmonie und Friedfertigkeit zu unterlegen. Weltmachtstreben – selbst ökonomisches – hat gewiss nicht nur Welteintracht im Sinne. Diktatorische Struktur Anpassungsprogramme von Weltbank oder Internationalem Währungsfonds flankieren die „normale“ strukturelle Gewaltform globalisierter Wirtschaft. Insgesamt bedeutet dies Fortführung geläufiger Ungleichheitspolitik mit erneuerten Strategien für ausgedehnte Reichweiten. Nicht zufällig dominiert daher auch der dem Militärjargon entlehnte Begriff der „Treffsicherheit“ den neo-liberalen Polit-Talk der Gegenwart.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Winston Churchill seinen Entwurf der Architektur einer neuen Weltordnung vorgetragen: „[D]ie Welt sollte von den saturierten Nationen regiert werden, die nicht mehr begehren, als sie bereits besitzen. Läge die Regierung der Welt in den Händen hungriger Nationen, gäbe es fortwährend Gefahr. Aber von uns hätte keiner irgendeinen Grund, mehr besitzen zu wollen. ... Unsere Macht hat uns über die anderen erhoben.

Wir könnten uns verhalten wie reiche Männer, die auf ihrem eigenen Grund und Boden in Frieden leben“ (Churchill, zit. n. Chomsky 1993, 9). Churchill war entweder naiv oder er war unlauter: Einmal wollen selbst „reiche Männer“ sich weiter bereichern, die „Gier der neuen Eliten“ (Sassen 2000a, 31) wie die „Gier des Nordens“, so die südafrikanische Schriftstellerin Sindiwe Magona, sind unerschöpflich; zum anderen hat die globale Hegemonie reicher westlicher Industriestaaten, allen voran der USA, keineswegs globalen Frieden bewirkt, im Gegenteil: Das globale Rüstungsgeschäft des Nord-Westens gedeiht wie nie zuvor. Und selbst der „Osten“ vermochte nach Ende des Kalten Krieges, seine Waffenlager über dunkle Kanäle einem durchaus profitablen „Räumungsverkauf“ zuzuführen.

Rüstungsindustrie und Waffenhandel als staatlich alimentierte Sektoren hatten im Kalten Krieg ihre Unternehmenswerte über Bedrohungsszenarien militärisch-politischer Eliten hochgehalten. Auf deren Geheiß wurden Waffenarsenale modernisiert und immer wieder aufgefüllt. Zudem eröffneten Befreiungskriege und lokale Konflikte in der Dritten Welt zahlreiche regionale Kriegsmärkte. Nach dem Zerfall der sowjetischen Herrschaftsdomäne gibt es zwar nicht länger eine westliche und eine östliche Abteilung des Weltmarktes für Waffen, dennoch aber existieren differente Märkte, zumal sich der eine weiterhin als formeller, der andere aber vor allem als Schatten- bzw. informeller Markt präsentiert. Der kriegsrische Weltmarkt ist aber auch deshalb dual, weil er sich in einen für hochtechnologische Waffen (wie Tarnkappenbomber oder Cruise Missiles) und in einen für leichte Waffen (wie Gewehre, Granaten, Maschinengewehre oder Landminen) aufgespalten hat. „Leichte“ Waffen begünstigen die Aufrüstung junger Männerbanden, die in peripheren Regionen Europas und der Welt Kriege „neuen“ Typs führen (Kaldor 2000, 19).

Zur Zeit wird die Legitimität staatlicher Macht von zwei Seiten untergraben: Zum einen „von oben“, durch „Transnationalisierung des Militärs“, einer Art „globaler militärischer Integration“ auf internationalen Parketten militärischer Kooperationen und Verteidigungsbündnisse

oder in internationalisierten Netzwerken der Rüstungsindustrien (ebd., 12f.), die militärische Ausprägungen von Männlichkeit zu diplomatischen oder Business-Männlichkeiten „zivilisieren“; zum anderen aber geschieht dies „von unten“, durch „Privatisierung der Gewalt“ (ebd., 13), die wieder auf „wilde“, vor-moderne Männlichkeiten zurückzugreifen vermag, weil deren (rechts-)staatliche Zähmung, die öffentliche Kontrolle von Gewalt, nicht länger greift. Staatsschwäche oder gar Staatszerfall heizen kriegsrische Tendenzen an, indem sie Krieg und Gewalt dezentralisieren und „privatisieren“.

Für exzessive Profit- und Expansionssucht kapitalistischer Regime ist der Impact kriegsrischen Treibens keineswegs hinfällig oder gar nutzlos geworden, auch wenn Kriege heutzutage zunehmend andere Formen aufweisen. Sie präsentieren sich längst nicht mehr nur als Staatenkriege, vielmehr ist eine neue Art „organisierter Gewalt“ im Vormarsch, ein „Mischgebilde aus Krieg, Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen“ (ebd., 22), das nicht nur Aushöhlung von Staatsmacht, tendenziellen Staatszerfall, sondern zudem auch Rückfälle in „wilde“ Männlichkeiten indiziert. Paramilitärische und irreguläre Kampfverbände attackieren unbewaffnete ZivilistInnen, um Ethnien auszulöschen, Kämpfer zu rekrutieren, Rache zu üben, Regierungen zu unterminieren usw. Krieg wird in armen Ländern zur „permanenten Lebensform“, insbesondere wenn (männliche) Jugendliche keine Ausbildung erfahren und auf dem zivilen Arbeitsmarkt chancenlos sind. Krieg und Banditentum verschwimmen wieder. Nicht ohne Grund besteht Mary Kaldor (ebd., 10) darauf, dass die radikale Veränderung der Kriegsführung „nicht bei der Technologie“, sondern vor allem „in der sozialen Basis“ des Krieges anzusetzen ist. Dabei wird offensichtlich, dass die Geschlechterordnung ein diese „soziale Basis“ strukturierender (wie von ihr auch strukturierter) Faktor ist.

Männlichkeitskonstruktionen werden in gesellschaftlichen Diskursen erzeugt, in sozialen Praktiken generiert und verdichtet und sind nicht unbedingt auf „biologisches“ Geschlecht als Fundus angewiesen. Auch Krieg ist eine – wenngleich besonders hohe humane Kosten ein-

fordernde – Form politischen „Diskurses“ und sozialer „Praxis“. Mehr als je zuvor signieren heute diverse, multiple, asynchron geschichtete Männlichkeiten die Geschlechterregime. Männlichkeitskonstruktionen haben Traditionalismen eingekapselt, zur selben Zeit spiegeln sie aber auch verschiedene Grade an Modernisierung. „Wilde“ Männlichkeit steht demnach für einen Habitus legal wie sozial wenig bis gar nicht „gehegter“ Männlichkeit, der zur Neuordnung der globalen Verhältnisse von Politik und Ökonomie wieder mobilisiert werden kann.

Ein weiterer Mythos um Globalisierung liegt in gezielter Ideologisierung ihres Demokratisierungspotenzials: Globalisierung wird nämlich auch als „Demokratisierung von Zugriffsmöglichkeiten“ propagiert (kritisch Altvater/Mahnkopf 1996, 14). Die Ausweitung globaler Kommunikationsnetze erreiche, so wird behauptet, wesentlich mehr Menschen als je zuvor. Von dieser Art von „Demokratiebewegung“ werden freilich nur jene beachtet, die über „DM-, Yen-, Schweizerfranken oder Dollar-,Stimmzettel“ verfügen; die Mehrzahl der Weltbevölkerung „mit schwacher Währung“ bleibt nach wie vor davon ausgeschlossen (ebd., 14f.). Nur acht Prozent der Menschheit reisen nämlich tatsächlich durch das Internet (Kulturzeit, 3Sat, 28.2.2001). Ökonomische und politische Macht verflüchtigt sich keineswegs, sie wird nur neu geordnet und neu verteilt. Eher schon hat sich das Internet als „Marktplatz“ des 21. Jahrhunderts etabliert. E-Commerce hat erheblich mehr Realisierungschancen als E-Government. In politischer, sozialer und geschlechtlicher Hinsicht erweist sich die Netzwelt jedoch immer deutlicher als Arena neuen Kulturkampfes. „Freiheit“ durch das Internet erscheint Alexander Roesler (2001) als „romantischer Irrtum“, die „freie Welt des Internets“ wäre nichts als „Mythos“ (Roesler, zit. n. Kulturzeit, 3Sat, 1.3.2001).

Globalisierung müsse nicht zwangsläufig nur ungehemmte ökonomische Expansion bedeuten, sie könne auch anders, etwa „von unten“ angedacht werden, meint auch Johan Galtung (1998). So wird sie aktuell immer stärker auch als Möglichkeit zur „Zivilisierung“ der Welt-

gesellschaft debattiert. In diesen Zusammenhang gehören selbstverständlich all jene Versuche, die uns die Verdichtung der Welt zu einem so engmaschigen Kommunikationsnetz verheißten, dass daraus die Konkretisierung radikal-demokratischer Utopien real genug zu werden vermag (Bolz et al. 2000).

Auch Saskia Sassen (2000b) spricht einen Aspekt (national-)staatlicher Schwächung an, von dem sie sich neue Handlungs- und Erfahrungsräume auch für Frauen und Frauenorganisationen erwartet: Weil staatliche Souveränität erodiere, verlagern sich einzelne ihrer Elemente auf supra- und transnationale Ebenen, auf denen zunehmend auch NGOs, private Einrichtungen und nichtstaatliche AkteurInnen als neue politische Subjekte kooptiert werden. So hat auch grenzüberschreitende feministische Arbeit und Beteiligung an Aktivitäten internationaler Organisationen in den letzten Jahren zugenommen. Zuviel der Euphorie scheint aber vorerst unangebracht. Die singulären Beispiele der Vernetzung ziviler Gesellschaft und zivilen Widerstandes (wie z.B. in Chiapas, Seattle oder Wien) sind zwar Hoffnungskapital, heben jedoch die reale Grundlage demokratischer Skepsis noch nicht auf.

Globalisierung beinhaltet mehr desintegrierende als integrierende, mehr exklusive als inklusive soziale Kräfte. Noam Chomsky vermutet daher zurecht mehr Chancen für „eng vernetzte tyrannische Privatinteressen“ denn für bevölkerungsgerechte, demokratisierte Entscheidungsstrukturen (Der Standard, 5.1.2001, Album, 5). Die internationalen Finanzmärkte können, was nationale BürgerInnen jedenfalls kaum können – sie können Regierungen in die Knie zwingen, weil sie „ihrer Funktionsweise eine gewisse Normativität bei[messen], mittels derer Regierungen ihrer Logik unterworfen werden können“, um ihre Wirtschaftspolitik den „Gesetzen“ des Kapitalmarktes anzupassen (Sassen 2000a, 137). Globalisierung lässt also den demokratischen Raum eher schrumpfen (ebd., 136). Politische Verantwortung wird zunehmend „denationalisiert“ und nationale Bürgerrechte werden eingeschränkt.

Die sich herausbildende Weltordnung wird demnach „gespaltenener sein als je zuvor“ (Alt-

vater/Mahnkopf 1996, 15). Hatte der moderne Kolonialismus, auf dem Fundament schroffer nationaler Klassengesellschaften ruhend, eine krasse Weltspaltung bewirkt, so werden im Zuge aktueller Globalisierung mehr oder weniger subtile „Gesellschaftsspaltungen“ zeitgemäß rekonstruiert oder gar neu eröffnet (ebd., 13). Auch Geschlecht hat seine soziale Platzanweiserfunktion nicht eingebüßt, es wird, im Gegenteil, an diskriminierender Relevanz wieder zulegen.

3. Neo-Liberalismus als Regulation von Politik und Ökonomie

Wenn auch in öffentlichen Debatten Zuschreibungen als ideologisch zumeist für gesellschaftskritische Positionen oder für etatistische Politikstrategien reserviert sind – wohingegen Marktfundamentalismus als frei von Ideologie gilt –, erfolgen auch Entgrenzung, Entfesselung der Marktkräfte, Monetarisierung wie Verdichtung globaler Kommunikation auf dem Unterbau eines ideologischen Credo: der Neo-Liberalismus als ökonomischer Globalisierung eingeschriebene Ideologie („Globalismus“). Der neo-liberale Diskurs ist, wie Pierre Bourdieu (1998, 3) hervorhebt, ein Machtdiskurs besonderer Art, zumal er „in einer Welt der Machtverhältnisse, die er selber schaffen hilft, alle Mächte auf seiner Seite hat“. Neo-Liberalismus ist ein Programm spezieller Interessen, die sich deshalb als allgemeine zu maskieren vermögen, da sich immer mehr PolitikerInnen „zur Verzichtspolitik eines Laissez-faire-Programms bekehren“ lassen und loyal zu Diensten sind.

3.1. Soziale Zerklüftung und neo-liberale Staatstransformationen

Als Neo-Liberalismus gilt jenes System ideologischer Prinzipien und gesellschaftlicher Praktiken, das Handels- und Finanzmärkte von (national-)staatlichen Fesseln befreien, Regulationsspielräume staatlicher Politik aber einengen möchte. Politik und Staat sollen dem Diktat von Ökonomie und Markt unterworfen werden. Neo-liberale Reform- und Moderni-

sierungsrhetorik strebt nicht nach Demokratisierung oder Entpatriarchalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, im Gegenteil, sie initiiert eine schleichende Rückkehr zu fundamentaler Ungleichheitspolitik.

Paradoxe Gleichzeitigkeiten sowie sich weiter zuspitzende Polarisierungen vermögen die durch neo-liberale Politik verschärften sozialen Bruchlinien, wie sie innerhalb nationaler Gesellschaften spürbar werden, zu verdeutlichen: Priorität für Gewinnmaximierung bei Blockierung möglicher Ansätze sozial-ökologischer Politik; Steuererleichterungen für Konzerne und Wohlhabende bei radikalem Rückbau von Sozial- und Gesundheitspolitik für Einkommensschwache; generöse Investitionen in wirtschaftsgenehme Qualifizierungsprojekte bei Abwehr kritischer wie emanzipatorischer Bildungsintentionen; Vermarktung von Bildung als „Ware“ bei Abschaffung egalisierender Bildungspolitik als Element sozialstaatlicher Regulation; Forcierung elitärer und privatwirtschaftlicher Universitätsprojekte bei Entmachtung und Verelendung des öffentlichen, demokratisierten Universitätsmodells; Begünstigung singulärer weiblicher Top-Karrieren in Politik und Wirtschaft bei Re-Patriarchalisierung der Geschlechterverhältnisse im Gesamten und Re-Traditionalisierung der Familienstrukturen, weitere Privilegierung wohl-situierter kinderreicher Familien bei Schmälerung der Familienförderung etwa für Erwerbslose u.a.m.

In der Weltwirtschaft werden in Permanenz Strukturen von Ungleichheit produziert und reproduziert (Narr/Schubert 1994, 16). Indem Perfektheit und Superiorität des Marktes suggeriert und forciert werden, verschärfen oder erneuern sich institutionelle Arrangements sozialer Exklusivität. Zudem wird ein anti-politisches und anti-staatliches Klima generiert. Auch aktuelle Globalisierung ordnet regionale, soziale oder/und geschlechtliche Unterschiede und Komplementaritäten neu (Jessop 1997, 279). Globalisierungsgagenten greifen daher auf implizit wie explizit neo-liberale Ideologeme und Praktiken, die soziale Selektivität und Entsolidarisierung als Wortfahnen der Freiheit vorantreiben.

Die Umsetzung der extrem ökonomistischen, unerbittlich monetaristischen, dezidiert anti-etatistischen Programmatik verschärft Konkurrenzkämpfe, Konkurrenz zwischen Unternehmen und Konkurrenz in Unternehmen. Ein darwinistischer „Winner-Kult“, eine „Mischung aus höherer Mathematik und Bungee-Jumping“, herrscht in den oberen Etagen von Staat und Wirtschaft und „[erhebt] den Kampf aller gegen alle und mit ihm den Zynismus zum obersten Prinzip“ (Bourdieu 1998, 3). „Survival of the fittest“, lautet die rezente Devise, dafür sollen Betriebe und Institutionen firm gemacht werden. Dies geschieht primär durch Druck auf ArbeitnehmerInnen, sie müssen sich als „ausbildungsmobil und arbeitsflexibel“ erweisen (Narr/Schubert 1994, 13). Mittels einseitiger neo-liberaler Rezeptur sollen Kosten für den „Faktor“ Arbeit abgesenkt werden, was heißt: Arbeitsintensivierung und Lebensarbeitszeitverlängerung werden synchron zur Vernichtung von Erwerbsarbeitsplätzen vorangetrieben. Geradezu rastlos werden interne Organisationsstrukturen „abgeschlankt“ und per Outsourcing oder vergleichbarer Strategien werden „Arbeitskosten“ weiter gedrückt.

Einkommensreduzierende und arbeitsvernichtende Strategien betreffen längst nicht mehr nur privatwirtschaftliche Segmente, sondern überdies – auch damit soziale Meuterei unterbleibt – den bislang als „geschützt“ geltenden öffentlichen Sektor, der zunehmend „filetiert“ wird: Gewinnversprechende Teile werden herausgelöst und privatisiert; leistungs-, arbeits- und kostenintensive Bereiche verbleiben zunächst, aber auch sie werden schrittweise dereguliert, abgeschichtet und letztlich „weggespart“. In einer Ära massiver Ent-Solidarisierung ist die Zustimmung breiter Massen gewiss, wenn es nun – in populistischer Diktion – gilt, „privilegierte“ Beamten aus ihrem „Faulbett“ zu werfen. Dass die Strangulierung des öffentlichen Sektors aber auch soziale Entrechtung und Verarmung für andere bedeutet, bleibt meist unbedacht. Der „schlanke“ Staat ist ja einer, dem vor allem die sozial-, geschlechter- und bildungspolitischen Regulierungen „abgespeckt“ werden. Pierre Bourdieu (1998, 3) sieht daher in sich wehrenden Beschäftigten des öf-

fentlichen Sektors nicht zuvorderst „konservative Kräfte“, die um eine verschwindende Ordnung und dazu gehörige „Privilegien“ streiten, sondern vor allem subversive Kräfte und „Reserven an sozialem Kapital“, die bislang bewährte kollektive Strukturen nicht einfach preisgeben. Dies heißt freilich nicht, dass ihnen nicht auch Reformbedarf gegeben schiene.

Insgesamt wird Arbeit regelloser, prekärer und temporärer, was auch unter dem Stichwort vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ debattiert wird. Soziale wie gesundheitliche Sicherung wird zunehmend zur Ware re-formiert, die abermals nur zu Marktpreisen zu erwerben sein wird. Gewöhnung an Arbeitslosigkeit als Lebensmodus schreitet ebenso voran wie Fragmentierung und Individualisierung der auf Arbeitseinkommen Angewiesenen. Kollektive Formen der Interessenwahrnehmung durch Gewerkschaften oder in anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungsformen werden in Misskredit gebracht. Bislang einigermaßen regulierte und kontrollierte Arbeitsbedingungen sowie hart erkämpfte soziale Abfederungen brutaler Marktfolgen werden forsch ent-regelt. Jahrzehnte sozialer Kämpfe und sozialstaatlicher Befriedung werden binnen kürzester Zeit „entsorgt“. „Speed“ lautet die magische Formel neo-liberaler Regierens.

Erst recht gilt dies für die Gesellschaftsreformen reichlich spät nachholende Frauenbewegung und Frauenpolitik der vergangenen Jahre. Der Neo-Liberalismus betrachtet die Welt vor allem aus dem Blickwinkel nord-westlicher hochtechnisierter Unternehmen wie hochqualifizierter Arbeitskräfte, eine überwiegend privilegiert-männliche Blickrichtung also. Aus einer solchen Perspektive erscheinen Frauen in ihrer großen Mehrheit neuerlich nur als „unsichtbarer Hintergrund“ ökonomischer Praktiken, die eben „ausgemustert“, „zur Selbstverantwortung aufgerufen“ werden, „taugen“ sie nicht mehr (Haug 1996, 690).

Privatisierung und Entrechtlichung sollen staatliche Einmischung wie politische Beschränkungen ökonomischer Profitsucht eindämmen. Vor allem in den Nachkriegsjahrzehnten hatte der (Sozial- und Rechts-)Staat eine unentbehrliche legitimatorische Aufgabe zu erfüllen, in-

dem er allzu negative Effekte kapitalistischer Wirtschaftsweise zumindest partiell durch Gewährung und Sicherung von Ansprüchen kompensierte. Dass dabei eine strukturelle maskuline Schlagseite gegeben war, wurde in den vergangenen Jahren mehr als genügend dokumentiert. Nachholende Geschlechterkorrekturen kamen allmählich in Gang. Nunmehr aber muss dieser Staat, entmächtigt und ökonomisch bevormundet, zu erkennen geben, dass er soziale und geschlechtliche Disparitäten nicht weiter abzubauen gedenkt, sondern sogar steigende Belastung und Verarmung von ArbeitnehmerInnen in Kauf nimmt. Überdies wirken aktuell dann noch die Schattenseiten von Globalität, die die „Gefahren einer weiteren ‚systemischen Brutalisierung‘“ verstärken (Narr/Schubert 1994, 13)⁷.

3.2. *Neo-Liberalismus als Gegenreform*

Mit Beginn des Kalten Krieges war von außenpolitischen Planungsstäben der USA gefordert worden aufzuhören, „verschwommene und unrealistische Ziele wie Menschenrechte, Anhebung des Lebensstandards und Demokratisierung“ zu verfolgen (George Kennan 1948, zit. n. Chomsky 1999, 24). Es sollte vielmehr, „frei von idealistischen Phrasen“ über „Altruismus und Weltbeglückung“, mit „eindeutigen Machtkonzeptionen“ gearbeitet werden (ebd.). Den USA schien Stabilität bedroht, wenn sozial- und/oder agrarreformerische Regime – etwa in Mittel- oder Lateinamerika – Fuß fassen. Vorstellungen von Stabilität waren damals eng geschnitten als „Sicherheit für die ‚oberen Klassen und ausländischen Unternehmen‘“. Primär galt es also, deren „Wohlstand“ zu erhalten. Sozialreformerische „Nationalismen“ wurden von us-amerikanischen politischen und militärischen Eliten als „Viren“ stigmatisiert, die andere Länder, aber auch die eigene Gesellschaft „infizieren“ (ebd., 25).

Die siebziger und achtziger Jahre hatten in nord-westlichen Gesellschaften soziale Bewegungen, intellektuelle Strömungen und politische Kräfte hervortreten lassen, die dazu beitrugen, andere gesellschaftliche und politische Wertpräferenzen (Gleichheit, soziale Gerechtig-

keit, Demokratisierung aller Lebensbereiche, sozial-ökologischer Umbau, Nord-Süd-Solidarität, Ent-Patriarchalisierung der Geschlechterregime, Egalisierung der Geschlechterverhältnisse usw.) sichtbar zu machen und nicht bloß die Profit- und Expansionssucht eines ungehemmten Kapitalismus fortzuschreiben. Erwartungen an den Staat in seiner Bedeutung als sozialer, aber auch geschlechterpolitischer Regulator erstarkten. Und die Notwendigkeit staatlicher Regulierungen zwecks sozialer Abfederungen, geschlechtergerechterer Verhältnisse, ökologischer Korrekturen wie demokratischer Transformationen des sozial- wie umweltdestruktiven Kapitalismus fand zu dieser Zeit in etlichen Ländern auch wählerhebbliche Zustimmung. Oftmals erwiesen sich gerade Frauenstimmen als reformbefürwortendes Zünglein an der demokratischen Waage.

Mächtigen gesellschaftlichen und politischen Kräften aber galt es, diesen sozial-, geschlechter- und demokratiereformerischen Moment im langen Lauf sozial ungerechter und sexistischer Geschichte möglichst umgehend anzuhalten und zu „überwinden“. Die politischen Projekte des „Thatcherismus“ (1979 bis 1990 bzw. 1997) und der „Reaganomics“ (1981 bis 1989 bzw. 1993) fungierten als neo-liberale Stoßtrupps einer Reorganisation globalen Kapitalismus. Da kam dann die politische Sensation von 1989 gerade zur rechten Zeit: Die (Wieder-)Herstellung formeller Demokratie im ehemaligen „Ostblock“ war zugleich die Stunde der „Chicago Boys“. Die Interventionserfahrungen, die sie seit 1973 in Chile gemacht hatten, konnten sie nun als Dogma der Unfehlbarkeit unregulierter Märkte nahezu unbehindert weltweit propagieren.

Friedrich A. Hayek war schon 1947 zu seinem „neoliberalen Kreuzzug gegen den marxistischen und keynesianischen Totalitarismus“ angetreten (Montalbán 2000, 78). Obzwar im Begriff Neo-Liberalismus die Silbe „neu“ enthalten ist, sind seine Grundanliegen mitnichten neu: Sind es doch die traditionellen Postulate des klassischen Liberalismus, die erneut vorgebracht werden, für die sich gegenwärtig aber günstigere „realpolitische“ Bedingungen offenbaren. Parlamentarische Demokratie hat nun (im Großen und Ganzen) Weltgeltung. Milton

Friedman (1976), Begründer und Proponent der Chicagoer Schule des Monetarismus und gemeinsam mit Friedrich A. Hayek Schrittmacher des Neo-Liberalismus, hat in „Kapitalismus und Freiheit“ dekretiert, dass Gewinnstreben zum Wesen westlicher Demokratien gehöre. Jede Regierung also, die nicht uneingeschränkt auf Marktstrategien setze, wäre demnach „antidemokratisch“. Der Staat dürfe die „magischen Kreise“ des Laissez-faire nicht stören; er habe Privateigentum wie Realisierung vertraglicher Rechte zu schützen, Produktion und Verteilung dagegen sollten ausschließlich über Marktmechanismen reguliert werden: Freiheit durch Kapitalismus also.

Neu am Neo-Liberalismus unserer Tage ist seine Feindlosigkeit. Seit 1989 vermag er sich weltweit auszubreiten – ohne nennenswerte wirtschaftlich-ideologische Konkurrenz oder bemerkenswerte politische Alternativen. „Staatssozialismus“ kommunistischer Prägung ist gescheitert, sozialdemokratische und sozialstaatliche Projekte haben – wenn auch hauptsächlich durch die verzerrende Brille des Neo-Liberalismus – „versagt“. Kampagnen transnationaler Konzerne, neo-liberale Think-Tanks, alte und neue Medien sowie andere propagandistische Foren popularisieren die Botschaft: Neo-Liberalismus soll und muss fortan als einzig vernünftige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative erscheinen. „There is no alternative“, schallt es uns entgegen: Es gebe kein Gegenmodell zu neo-liberaler Globalisierung, Freihandel, internationalem Wettbewerb, globalen Finanzmärkten, New Economy und Internet-Revolution. „Die globale Marktwirtschaft ist die beste Chance für den Wohlstand der Nationen“ (Die Zeit, Nr. 5, 25.1.2001, 1).

Das Projekt des marktradikalen Neo-Liberalismus ist zum globalen Durchmarsch angetreten: Privatisierung und Deregulierung führen zurück in Zustände, wie sie vor Etablierung der politischen Idee umfassender sozialer Sicherheit existierten. Neo-liberale Wertsetzungen, Marktbesessenheit wie Vergötzung des Monetarismus, sind hegemonial geworden und transformieren selbst sozialdemokratische Parteien (vgl. das „Blair-Schröder-Papier“). Frauen- und

Gleichstellungspolitik der siebziger und achtziger Jahre beruhte in ihrem Kern auf geschlechterkonsequent weitergeführter Sozialstaatlichkeit. Mit rabiaten Demontage von Sozial- und Bildungspolitik werden nun selbst Ansätze nachholender Geschlechterreformen aufgekündigt.

Nur Interessen kapitalkräftiger Investoren (vgl. den ubiquitären, politikdominanten „Standort“-Slogan) oder transnationaler Konzerne scheinen noch politisch gehört und wirksam vertreten zu werden. Ökonomie und Ökonomisierung sind die „herrischen“ Slogans der Stunde: Politische und gesellschaftliche Hegemonie für „die Ökonomie“ und tiefgreifende Ökonomisierung auch solcher Lebens- und Erfahrungswelten, die bislang noch nicht durchgängig erfasst waren, schreibt das strikte Kursbuch neo-liberalen Umbaus vor. Neo-Liberalismus handelt keineswegs aber als begrenzt ökonomisches, sondern auch als politisches und kulturelles System. Auf diese Weise vermögen – zwecks Steigerung der Unternehmenswerte und Profitmaximierung – eine kleine Minderheit von Kapitaleignern und ihre werttreibenden Manager weite Bereiche gesellschaftlichen Lebens zu transformieren und zu kontrollieren. Es ist dies eine Strategie, die in ihrem Ergebnis Arme ärmer und Reiche reicher macht. Noam Chomsky hat den Neo-Liberalismus nicht zu unrecht als „Sozialismus für die Reichen“ charakterisiert (Chomsky 2000, 50).

Vermehrte Gewaltanwendung und verstärkte Gewaltapparaturen sind unvermeidbare Folge, gilt es doch, „den Wohlstand des kapitalistischen Weltsystems“ in seiner aktuellen Aufteilung nachhaltig zu sichern (ebd., 29). Im Bereich innerer wie äußerer „Sicherheit“ ist staatliche Macht daher keineswegs obsolet. Friedrich A. Hayek meinte vor zwei Jahrzehnten in einem Interview mit einer chilenischen Zeitung, dass „[a]bsolute Mächte ..., gerechterweise, gebraucht [werden], um jede absolute Macht in der Zukunft zu verhindern oder einzuschränken“ (Hayek in „El Mercurio“, 12.4.1981, zit. n. Hinkelammert 1994, 95). Ohne die Autorität des Staates und die brutale Macht der Generäle hätte gerade der als „musterhaft“ geltende neo-liberale Umbau Chiles nicht erfolgen können.

„Für eine Politik der Marktwirtschaft sind Militärs leichter wiederverwertbar als Guerilleros“ (Montalbán 2000, 79).

Neo-liberaler Rückbau von Staatsmacht er eignet sich primär in ökonomisch attraktiven, zukunftssträchtigen Sektoren, was aber unweigerlich auch bedeutet: als gravierende materielle Einschränkung vornehmlich sozial-, geschlechter- und verteilungspolitischer Freiheitsgrade staatlicher Politik. Polizeistaat und Sozialstaat sind „kommunizierende“ Strukturen: Nehmen Bedeutung und Macht der einen zu, verliert die andere an Gewicht. Dies war im 19. Jahrhundert im Zuge der Entstehung von Sozialpolitik und Sozialstaatlichkeit der Fall, und dies ereignet sich auch momentan im Zusammenhang mit der weltweit stattfindenden Zerschlagung staatlicher Sozialstrukturen.

Simultan zum Sozialstaatsabbau nehmen Apparaturen und Intensitäten repressiver Staatlichkeit (durch Rasterfahndung, Lauschangriffe und andere Wundermittel high-tech-inspirierter staatlicher Kontrolle, Stichwort: Schengen) zu, ein neues „Sicherheitsregime“ ist im Entstehen. Diese staatsverstärkende Tendenz wird aber geflissentlich verborgen. Ganz sanft, mit den subtilen Möglichkeiten hochmoderner Überwachungstechnologien, gleiten wir förmlich in einen Ausnahmezustand von Demokratie. Gegenwärtig lieren sich formale Staatsgewalt und Formen inoffizieller Machtausübung jenseits staatlicher Strukturen zu einem unentwerrbaren, von kritischer Transparenz und demokratischer Kontrolle weitestgehend abgeschotteten Überwachungs- und Machtamalgam. Grundrechte sind nicht nur durch staatliche Zugriffe gefährdet, sie werden auch über Kommerzialisierung sozialer Dienstleistungen oder personenbezogener Daten und Informationen anhaltend ausgehöhlt und bedürfen oft erst gar nicht der Modifikation oder Abschaffung durch autoritäre Politik und ihre Repräsentanten (Whitaker 1999, 8).

3.3. Die Exklusivität neo-liberaler „Freiheit“

In der neo-liberalen Ideologie werden staatliche „Subventionen“ geächtet, obwohl real glo-

bale Marktwirtschaft ohne staatliche Interventionen und Subventionen undenkbar ist (Chomsky 2000, 46f.). Beide werden jedoch bejaht, wenn sie unter dem Signum von „Sicherheit“ erfolgen. Von Verunsicherung der Bevölkerung und dementsprechenden Investitionen in staatliche Sicherheitsapparate profitieren insbesondere privatwirtschaftliche Rüstungsbranchen und private Sicherheitsdienste. Aktuell treten vermehrt gesellschaftspolitische Konzeptionen und Strategien hervor, die eine Umorientierung von Sicherheit auf Unsicherheit beinhalten (Bonß 1997, 32). Rezente Debatten um Finanzierungsprobleme sozialer Sicherheit sowie neo-liberaler Anti-Etatismus haben das demokratische Ziel umfassender Sicherheit für möglichst alle politisch und ökonomisch ins Aus befördert. Ab- und Umbau des Sozialstaates sind Teil dieser neuen Unsicherheitspolitik. Im Zentrum steht längst nicht mehr die Frage, wie soziale Sicherheit (auch für Frauen etwa) auszubauen wäre, sondern eher das Problem, wie viel Unsicherheit ist gerade noch „sicher“ genug, was sind tolerierbare Untergrenzen, die noch mit Akzeptanz rechnen können (Kreisky/Sauer 2000, 122).

An den „gated communities“ in den USA, etwa 20.000 an der Zahl⁸, in denen acht Millionen Menschen leben, wird der Privatisierungsdruck oberer Mittelschichten erkennbar, die soziale Solidaritätsnetze aufgeben und sich nicht länger willens zeigen, über ihre Steuerleistung für soziale Grundsicherheit und einen angemessenen Lebensstandard hilfsbedürftiger Bevölkerungsgruppen aufzukommen. Ganze Städte werden in den USA aus dem Boden gestampft, in denen die BewohnerInnen nur noch für ihre privaten Straßen, ihre privaten Schulen, ihre privaten Krankenversicherungen, ihre private Polizei usw. bezahlen möchten. Einzelne Kommunen haben die Steuerlast für BewohnerInnen solcher „gated communities“ radikal gesenkt. Diese „(ab)geschlossenen Gesellschaften“ folgen aus dem „community spirit“ vor allem der IT-Branche, deren Mitglieder in einer immer unübersichtlicher erscheinenden Welt „unter sich“ bleiben, sich von potenziell „sicherheitsgefährdenden“ Gruppen abschotten möchten. Die „identitätsstiftenden“ Wohninseln

erweisen sich als hermetisch abgeriegelte Hochsicherheitstrakte mit eigenen Polizei- und Sicherheitstruppen. Gesellschaftliche Entsolidarisierung lässt anscheinend keine andere Wahl als den Bau spätmoderner „Burgen“ (Kulturzeit, 3Sat, 30.1.2001). Diese neuen städtischen Segregationen sind Ausdruck und Folge neuer Spaltungen der Gesellschaft wie neuer Formen von Klassenkämpfen. Wenn aber Stadtviertel „inklusiv“ werden, indem sie sich zunehmend „exklusiv“ geben und Sicherheit kein öffentliches Gut, sondern für einige kaufbar ist (Nogala 1997, 131ff.), bleibt dies nicht ohne geschlechterpolitische Effekte: Ökonomisch wohl situierte Männer vermögen nun nämlich, ihre Frauen in Wohnvierteln „einzuschließen“ und unter dem Vorwand von „Wohnsicherheit“ (uniformierte, bewaffnete) Männer privater Wachdienste anzuheuern (Kreisky/Sauer 2000, 124f.).

Neo-liberale „Freiheit“ meint vor allem die „Emanzipation“ von Kapital und Kapitalinteressen. Jene Politik, die für Verschärfung sozialer und ökonomischer Probleme breiter gesellschaftlicher Schichten verantwortlich zeichnet, suggeriert paradoxerweise gerade sozial schwachen Gruppen, dass sie von neo-liberaler Politik zu profitieren vermögen. Dies bedeutet, dass in der Öffentlichkeit – trotz exklusiver Effekte des neo-liberalen Hegemonialprojektes – neo-liberale Politik als Expression vermeintlicher Offenheit, Flexibilität und Freiheit figuriert, d.h. Zustimmung zu einer vermeintlich freien Gesellschaft selbst von sozial Schwachen vorausgesetzt werden kann. Neo-liberale Freiheit ist freilich exklusiv und wird eingeführt als eine Politik des Freien Marktes sowie der Förderung Freien Unternehmertums. Märkte würden perfekt funktionieren, wenn man sie sich selbst überließe, also den Staat fernhielte. Wenn Markt Freiheit ist, dann realisiert sich menschliche Freiheit nur noch durch Unterwerfung unter den Freien Markt. Das reale Gesicht globalen Kapitalismus in zentralen Bereichen sind aber Oligopole und Monopole, Kontradiktionen zum propagierten Traumbild von individueller Freiheit und Marktwirtschaft mit vollständiger Konkurrenz. Protektionismus von Märkten ist gang und gäbe. Die Doktrin

vom Freien Markt ist daher in die Kategorie politischer Mythologien zu verweisen.

Marktwirtschaft entblößt sich immer deutlicher als brutale Machtwirtschaft. David Harvey (1996, 42) spricht gar vom „Stalinismus des freien Marktes“. Die Folgen neo-liberaler Politik sind weltweit dieselben: Soziale, ökonomische und geschlechtliche Ungleichheiten, ohnehin erst unzulänglich kompensiert, nehmen drastisch zu, der arme Süden und der verarmte Osten erfahren Rückschläge in ihren gesellschaftlichen Umbauanstrengungen bei gleichzeitiger Explosion ihrer Verschuldungsquoten, globale Umweltbedingungen verschärfen sich, die Weltwirtschaft erweist sich als wieder weniger stabil usw., dennoch aber oder gerade deshalb werden Wohlhabende immer reicher. Überdies tragen diese Tendenzen, wie leicht vorstellbar, auch signifikante geschlechtliche Codes.

Neo-Liberalismus beruht zu einem Gutteil auf einem Fundament von „Gläubigkeit“, Marktgläubigkeit, und generiert dementsprechend eine „Glaubensgemeinde“ jener, die materiell direkt von ihm profitieren wie jener, die über ihn ihre politische Existenzberechtigung zu behaupten trachten und dazu die großen Massen der Bevölkerung zu bändigen haben (Bourdieu 1998, 3). Was die neo-liberale Ideologie den wohlhabenden und privilegierten Männern (aber auch Frauen) in den Befehlswelten der Finanz- und Handelswelt, AktionärInnen, BankerInnen, Industriellen, aber auch FinanzbürokratInnen und marktgläubigen PolitikerInnen, ist der Rechtspopulismus dem „kleinen Mann auf der Straße“. Was auf den ersten Blick den Anschein unvereinbarer Gegenwelten vermittelt, stellt sich bei näherem Besehen als eins heraus: Auch der elitistische Neo-Liberalismus bedarf einer verlässlichen plebiszitären Flanke, und rechtspopulistische Politik verschafft dem neo-liberalen Projekt die erforderliche populäre wie lokale Bodenhaftung (Stichworte: „Volksnähe“ in „volkstümelnden“ Formen und „lokales“ Denken in Gestalt „bodenständiger“ Ideologien). So kann selbst sozial Schwachen glauben gemacht werden, dass im neo-liberalen Sog auch ihre Anliegen aufgenommen werden, zumal der Neo-Liberalismus sich als Synonym von Freiheit und persönlicher Verantwortung, als Aus-

druck unternehmerischer Tatkraft und als Vertretung authentischer Konsumenteninteressen geriert, sich also zur einzig „freien“ Alternative zu ineffizienten, inkompetenten, bürokratischen und parasitären staatlichen Regierungen stilisiert.

4. Neo-liberale Globalisierung als Regulation von Macht und Geschlecht

In aktuellen Debatten und – selbst kritischen – Analysen wird durchweg verabsäumt, neo-liberal geleitete Globalisierung wie Globalisierungswiderstand auch als Geschlechterfrage zu stellen. Bislang sind es zwar eher vage Vermutungen, die unsere Einsichten in Neuartigkeit und Vielfältigkeit von Globalisierungsvorgängen begründen; dennoch scheint eines gewiss: Globalisierung ist unter keinen Umständen als geschlechtsneutraler Vorgang vorzustellen. Sie hat geradeso ver-geschlechtlichte Voraussetzungen wie ent-geschlechtlichende Nachwirkungen (und vice versa); sie wird durch Geschlecht strukturiert wie sie die Geschlechterordnung zu strukturieren vermag; sie wird durch Widersprüche angestoßen, die in herrschenden Geschlechterregimen eingelagert sind, und sie bildet eine bedeutsame Arena zur Konfiguration von Geschlechterverhältnissen wie Geschlechterpolitiken. Auch in ihr realisieren und materialisieren sich also diverse Neuregulationen gesellschaftlicher Geschlechtermacht.

4.1. Globalisierung als Geschlechterfrage

Es ist geradezu evident, dass globale Kommandoräume vorwiegend von Männern besetzt sind. Ihren maskulinistischen Wert zieht das System der Global Players nur marginal aus der sozialen Gruppe der Männer, in der Hauptsache aber aus der maskulin fundierten „Weltordnung der Geschlechter“ (Connell 1997, 5), aus der prinzipiellen Art also, wie Männlichkeiten sozial und politisch konstruiert, wie sie in gesellschaftliche Strukturen und Prozesse dauerhaft eingeschrieben sind. Im patriarchalen Geschlechterregime erscheint Weiblichkeit nach

wie vor – trotz heftiger Transformationen durch neo-liberale Globalisierung – als über hegemoniale Männlichkeit definiert. Dieser Grundmechanismus hat nicht an Relevanz verloren.

Subcommandante Marcos, der legendäre Sprecher der neo-zapatistischen Bewegung in Chiapas, kennzeichnet das weltweite System des Neo-Liberalismus als „neuen Eroberungskrieg“ (Montalbán 2000, 59), dem mit aller Kraft entgegenzutreten sei. In Textierungen dieser Art schwingen nicht nur maskulinistische Konnotationen mit, in ihnen wird überdies Dringlichkeit „mannhaften“ Widerstandes suggeriert: Globalisierung erscheint als männlich gehegtes Projekt, wie auch die von GlobalisierungsgegnerInnen verwendeten Metaphern und subversiven, widerständigen Politikformen maskulinistische Akzente dokumentieren.

Nach wie vor aber fokussieren feministische Thematisierungen von Globalisierung auf das frauendiskriminierende System internationaler Arbeitsteilung, auf soziale und ökonomische Strukturanpassungsprogramme in der „Dritten Welt“ und ihre Konsequenzen für weibliche Lebenslagen, auf Folgen von Krieg und Militarismus für Frauen, auf Prostitution und Frauenhandel, auf Frauen- und Menschenrechte usw. In solchen Beiträgen bleibt die Kategorie Geschlecht vor allem auf Frauen bezogen, die zudem nur in der „Opfer“-Rolle in den Blick genommen werden. Dagegen bleiben andere Aspekte sozialen Geschlechtes unterbelichtet oder werden überhaupt ausgeblendet. Derartige Thematisierungen tendieren dazu, Prozesse der Globalisierung „in ihrer Komplexität zu unterschätzen und ihre dialektische Natur zu verkennen“ (Jessop 1997, 288). Neo-liberale Praktiken wie Verantwortliche sozialen Umbaus können so nicht ihrem geschlechtlichen Tenor gemäß vernommen werden. Funktionalistische Ableitungen oder ökonomistische Lesarten, wie sie von zumeist linken GlobalisierungskritikerInnen vorgetragen werden, sind in geschlechteranalytischer Hinsicht in aller Regel ebenso unbefriedigend und unangemessen wie die sture Geschlechtsblindheit von „Theologen des Neoliberalismus“ (Montalbán 2000, 11) oder auch gedankenloser ApologetInnen von Globalisierung. Selbstverständlich aber (re)kon-

figuriert neo-liberale Globalisierung auch soziale und politische Organisationsweisen von Geschlecht.

Nicht nur Frauen werden von Prozessen ökonomischer Globalisierung nachteilig betroffen, selbst bislang „starke“ Männer erweisen sich zunehmend als „bedrohte Art“. Der Niedergang „alter“ Industrien wie Industriegebiete reflektiert zugleich auch markante Transformationen von Männlichkeit. Walter Hollstein (1988, 25) kategorisierte solche auf technologischen Innovationen ruhende Veränderungen als einen Prozess der „Entmännlichung“ und deutete ihn dem gemäß als „Krise von Männlichkeit“. Auch die aktuelle Transition von Old zu New Economy vermittelt derartige Phänomene und Merkmale sich ändernder Männlichkeit. „Kraftstrotzende“ Männer werden in der spätmodernen Arbeitswelt immer seltener „gebraucht“, statt ihrer sind in der neuen agonalen Berufswelt smarte und clevere Finanz- und Businessmänner gefragt⁹. Globalisierung fragmentiert nicht nur zwischen Geschlechtern, sondern vergrößert zudem Differenzen innerhalb des eigenen geschlechtlichen „Kollektivs“. So spaltet sie auch die soziale Gruppe der Männer und verschärft die Hierarchie von Männlichkeiten: Vorwiegend sind zwar Männer die strahlenden „Globalisierungsgewinner“; zugleich aber zählen auch Männer zu den „Globalisierungsverlierern“. Auch „Angehörige des männlichen Geschlechts“ sind nun, wenn auch in unterschiedlichem Maße, „in den Prozess der Auflösung von Sicherheiten involviert“ (Meuser 2001, 4).

Weder Neo-Liberalisierung noch Globalisierung sind homogene Vorgänge. Sie folgen nicht allein ökonomischer Logik, sondern resultieren aus mannigfach interagierenden Mechanismen, die aus unterschiedlichen sozialen Feldern generiert werden. Globalisierung erweist sich demnach als „inklusive struktureller Kontext“ (Jessop 1997, 280). Daraus lässt sich auch folgern, dass sich Globalisierung nicht als gesellschaftliche Transformation jenseits des Feldes von Sexual- und Geschlechterpolitik ereignet und erst im kontingenten Nachspiel die Geschlechterordnung beeinflusst. Globalisierung ist vielmehr als ein von vornherein geschlechtsgebundener Prozess anzusehen. In

diesen Vorgängen ist – als Konsequenz einer sich globalisierenden Wirtschaft und erneut marktradikaler werdenden Gesellschaft – die treibende und strukturierende Bedeutung auch von Geschlecht wie die (Neu-)Konfiguration der Geschlechter zu entdecken. Die Transformation der Geschlechterordnung ist immer Teil eines allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses.

Indem sich aber der Mainstream wissenschaftlicher Forschung zur Weltwirtschaft beinahe ausschließlich auf technologische und ökonomische Dynamiken konzentriert, befestigt er sein stillschweigendes Paradigma der Geschlechtsneutralität dieser Vorgänge, noch mehr: Er bedient sich gar, wie Saskia Sassen (2000b) beschreibt, eines „sprachlichen Ausschlußverfahrens“, mit dem er Arbeitskräfte, aber auch Firmen oder Sektoren, „die nicht in das vorherrschende Bild der Globalisierung passen“, selbst in ihrem Potential als Subjekte und AkteurInnen eliminiert. Hierdurch wird eine (männlich verfestigte) „Kultur der Macht“ gespiegelt, die nur „Mikropraktiken“ und „kulturelle Formen“ wahrzunehmen vermag, „die nach männlichen Kriterien durchgeführt, festgelegt und legitimiert sind“.

4.2. Der „Wert“ von Frauen in der Weltwirtschaft

Ökonomische Globalisierung hat im weltweiten Schnitt auch steigende „Feminisierung“ von Arbeitsmärkten erbracht: Die Frauenerwerbsanteile sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten angestiegen. In den OECD-Ländern näherten sich – trotz Beschäftigungskrise – die Frauenquoten erstmals jener der Männer an. In regionaler Hinsicht sind aber nach wie vor deutliche Differenzen auszumachen: So bleibt die Spanne zwischen dem Norden und dem Süden Europas beachtlich. Noch krasser sind freilich die Unterschiede zwischen der nord-westlichen und der südlichen Hemisphäre der Welt. Aber selbst im Süden hat die ökonomische Bedeutung von Frauenerwerbsarbeit zugenommen.¹⁰ Ohne die Arbeit der Frauen hätte die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren wohl kaum so auffallend prosperieren können.

Wie auch immer, der Beitrag von Frauen zur Weltwirtschaft wird in Beschäftigungsstatistiken und volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiterhin chronisch unterbewertet. Die „Phantomarbeit“ der Frauen, die unsichtbare, unentlohnte, in Wahrheit aber unverzichtbare Subsistenzarbeit in familiären, agrarischen und informellen Lebenssphären, bleibt statistisch unerfasst. Zum einen wird sie jenseits aller „Märkte“ erbracht und zum anderen sind eben die zugrundeliegenden Erhebungskriterien der Wirtschaftsstatistiken extrem verengt.

Die Subsistenzarbeit der Frauen soll die niedrig bezahlte Lohnarbeit der Männer in „modernen“ Sektoren der Ökonomie oder in der exportorientierten Landwirtschaft stabilisieren. In großen Bereichen der Weltwirtschaft erweisen sich ökonomische Modernisierungsprozesse als von weiblicher Subsistenzarbeit unmittelbar abhängig (Sassen 2000b). Mit der Auslagerung von Industriearbeitsplätzen aus traditionellen westlichen Industrieländern in Billiglohnregionen und der Internationalisierung der Industrieproduktion „feminisierte“ sich globale Lohnarbeit. So kam es in ärmeren Ländern des Südens zu überproportionaler Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte¹¹, zugleich aber wurde in nord-westlichen Industriegesellschaften der „Niedergang“ männlicher „Arbeiteraristokratie“ eingeleitet. Geschlecht bildet also gerade in weltmarktorientierten Produktionsfeldern einen offensichtlichen „strategischen Knotenpunkt“ (ebd.).

Entgrenzung und Entregelung als Folgen neoliberaler Globalisierung schaffen aber auch neue Konditionen beispielsweise für Frauen- und Kinderhandel wie für freizügigsten Gewaltporno-Geschäftsverkehr. Verarmte und daher vermeintlich willige Frauen können problemlos aus dem Osten wie Süden importiert, lüsterne Männer kostengünstig bedient werden. Und Biedermänner können unerkannt virtuelle Lustreisen im Internet unternehmen. Beide Erscheinungen sind Produkte „befreiten“ Weltmarktes. Ökonomische Globalisierung unter dem Vorzeichen des Neo-Liberalismus generiert durch ihre Praktiken zunächst jene Armut von Frauen, die sie dann im Kontext der Freizügigkeit des Warenverkehrs wie auch auf dem globalen

Datenhighway für weitere Profite auspressen kann. Das Ausnützen weiblicher Armut scheint grenzenlos. Staatliche Interventionen in globalen Handel werden vor allem zugunsten von Macht und Profit der Geschäftswelt, nur selten aber zugunsten von Armen und Frauen getätigt wie akzeptiert.

4.3. „Global Cities“ als neue strategische Orte des Geschlechts

Für die Phase aktueller Globalisierung nimmt Saskia Sassen (2000a, 15; 2000b) Global Cities als „strategische Orte“ des Geschlechts an, Frauen, Farbige, ImmigrantInnen, Menschen aus dem Süden machen das Gros der Arbeitskräfte in neuen städtischen Dienstleistungsökonomien aus. Sassen betrachtet die großen Städte als „Produktionsstätten für die führenden Informationsindustrien“, in denen jene Arbeiten erbracht werden, die „das globale Wirtschaftssystem am Laufen ... halten“. Städte sind „strategische Orte für die Materialisierung globaler Prozesse und für die Bewertung des Konzernkapitals“. All dies geschieht unter der Prämisse sozialer, ökonomischer, ethnischer und geschlechtlicher Segmentierung. Obgleich Sekretärinnen und Reinigungspersonal in dem zur Zeit „führenden“ ökonomischen Sektor tätig sind, bleiben sie im globalen Netzwerk „unsichtbar“; dort werden nur „hoch internationalisierte“ (männliche) Top-Kräfte wie „hochgebildete Professionals“ wahrnehmbar; wichtig scheint nur noch „Fähigkeit zur globalen Kommunikation“, nicht jedoch auch jene ortsgebundene Infrastruktur von Arbeit, die ortlose Kommunikation erst ermöglicht. Auch im globalen Wirtschaftssystem haben also *Orte*, wie insbesondere an Global Cities oder an exportorientierten Produktionszonen ersichtlich wird, nach wie vor Bedeutung (Sassen 2000b).

Zugleich ereignet sich gerade an diesen Orten auch das zeitgemäße „Kampfspiel“ um Entwertung und Überbewertung, Abwertung und Aufwertung von Tätigkeiten, das immer noch der routinemäßigen Trennlinie von Geschlecht folgt. Pierre Bourdieu (1997, 203) verweist zu recht darauf, dass „männlicher Habitus“ sich vor

allem dort entwickelt, wo (frauenausschließende) „Spiele“ des Wettbewerbs stattfinden. In modernen wie spätmodernen Gesellschaften sind dies im speziellen Felder der Ökonomie, der Politik, der Wissenschaft, aber auch des Militärs und des Sports. Männer grenzen sich in zweifacher Weise ab: einmal gegenüber Frauen, dann aber auch gegenüber anderen Männern (ebd., 215). Die kapitalistische Ökonomie – auch in ihrer globalisierten Version – spaltet nicht nur die Geschlechter, sondern perpetuiert die kompetitive, hierarchisch geordnete, auf soziale Schließung bedachte Struktur bürgerlicher Männlichkeit (Meuser 2001, 2). Die „Global Cities“ bilden hierfür entscheidende Arenen neuer Art.

4.4. Rückbau des Staates und Erosion hegemonialer Männlichkeitsmuster

Regelmäßige Erwerbsarbeit, selbst die schwere und minderentlohnte Arbeit in der „globalen Fabrik“, eröffnet Frauen ein Plus an Autonomie und Unabhängigkeit in ihren persönlichen Lebensentscheidungen wie im häuslich-familiären Bereich. Die im Zuge neo-liberaler Globalisierung zunehmenden ökonomischen und sozialen Unsicherheiten tangieren weltweit Frauen deshalb in höherem Maße, weil geschlechtliche Arbeitsteilungsmuster wie hierarchisierte Geschlechterverhältnisse sich im Großen und Ganzen doch als relativ resistent gegen geschlechteregalitären Umbau erwiesen haben und Frauen selbst in ihren begründeten „Nachzieh“-Bedürfnissen von neuem blockiert werden. Trotz politisch enthusiastischer Frauenjahrzehnte und trotz (zugegebenermaßen mäßig bleibender) geschlechterpolitischer Interventionen des Sozial- und Rechtsstaates hat sich die maskuline Hegemonie in Politik und Ökonomie nachhaltig zu behaupten vermocht. Auch wenn Sozialstaatlichkeit unschwer als (maskulinistische) Kompromiss-Struktur auszumachen ist, hatte politischer und gesellschaftlicher Konsens im Hinblick auf sozialstaatliche Sicherung auch einen einigermaßen stabilen Anspruch auf Frauen- und Geschlechterpolitik gesichert. Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und staat-

lichen Ressourcen stärkt indirekt wie direkt auch Partizipationschancen von Frauen in öffentlichen Lebenssphären. Wenn nunmehr aber selbst dieser (tendenziell ohnehin immer noch männerbegünstigende) sozial- und rechtsstaatliche Minimalkonsens gefährdet scheint, wird sich dieser Backlash zwangsläufig real noch stärker zuungunsten von Frauen auswirken. Der sozialbürgerliche Status der meisten Männer stand ja nicht auf derart wackeligen Beinen wie jener von Frauen. Erst jetzt mit Neo-Liberalisierung und Globalisierung erfahren auch wieder mehr Männer, was es bedeutet, unter prekären Bedingungen in informellen Arbeitszusammenhängen oder gar ohne Erwerbsarbeit zu existieren.

In diesem Kontext ist auch „Aufweichung staatlicher Souveränität“ (Sassen 2000b) durch neo-liberale Globalisierung zu diskutieren: Zum einen betrifft „Staatsverlust“ Frauen negativ, zumal eine (ohnehin mehr schlecht als recht funktionierende) Reformallianz wieder zu zerbrechen scheint; zum anderen aber könnten auch Frauen „Autonomiegewinn“ verbuchen, weil nun eben auch die zum Staat verdichtete Männlichkeit brüchig und schwächlich wird. Nicht nur Nationalstaatlichkeit erodiert also, sondern auch die in und mit ihr versachlichte Männlichkeit erlahmt (Sauer 1999). Neo-liberale Globalisierung wäre dann sogar als Chance zu deuten, weil Männlichkeitsmuster westlich-industriegesellschaftlicher National- und Sozialstaaten entprivilegiert und aufgelöst werden, so dass – in zunehmender Informalisierung, aber auch verstärkter sozialer Unsicherheit – ein Mehr an „Geschlechtergerechtigkeit“ – freilich nicht jene, um die jahrzehntelang gekämpft worden war – möglich werden könnte. Herkömmliche Männlichkeits- und Weiblichkeitsmuster könnten sich gar als Auslaufmodelle entpuppen. Es ist aber zu vermuten, dass sich traditionelle Männlichkeitswerte wie gewohnt „einbunkern“ und auch künftig konserviert werden, weil sie sich gerade neo-liberalen Transformationsprozessen dienlich erweisen könnten. Das Verblässen tradierter patriarchaler Muster kann aber auch in einen Prozess der Reformierung von Männlichkeitsmustern derart umschlagen, dass es zu neuen Geschlechter-

formationen insbesondere entlang der Linien von Klasse und Ethnie kommt (Kreisky/Sauer 1997).

Der „national“ konzipierte Sozialstaat institutionalisierte sich zwar über Sedimentierung männlicher Interessen und Lebenserfahrungen, in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus figurierte er aber in gewissen historischen Phasen und in bestimmten Problemfeldern trotz seiner offen zur Schau getragenen „Männlichkeit“ auch als „aufgeklärt“ brüderlicher Bündnispartner im Zuge der Durchsetzung neuer Frauenpolitik. Westlich-feministische Frauenpolitik wie antipatriarchale Geschlechterpolitik vergangener Dekaden ereigneten sich in erheblichem Maße im Rahmen der Arena (national-)staatlicher Politik, wenngleich sie durch die Frauen- und andere soziale Bewegungen induziert waren. Neo-liberale Wendepolitik und ökonomische Globalisierung schließen nun ganz abrupt die bisherige sozialstaatliche Geschlechterreformschneise, indem sie den Staat gerade in seiner Funktion als sozialen, auch geschlechterpolitischen Regulator angreifen, ihm materielle Ressourcen weitergehender Reformpolitik versagen, während sie die gewalttätige Seite staatlicher Inszenierung unbeschadet lassen oder gar aufrüsten; sie attackieren und schwächen also den staatlichen Hebel für die von Frauenbewegungen weltweit eingeforderte Ent-Patriarchalisierung der Geschlechterordnung, während sie ihn als Remedium gegen Unsicherheitspolitik zum „Sicherheitsregime“ ausbauen. Re-maskulinisierende Gegenreformen laufen nun mit großem Elan an (vgl. die vom Frauenminister eingerichtete „Männerabteilung“). Eine Re-Traditionalisierung von Familienpolitik demontiert das ohnehin labile Gefüge bisheriger Frauen- und Geschlechterpolitik.

5. Globalismus als Maskulinismus

Bis auf eine handverlesene Gruppe von Frauen herrscht einmütige Männerdominanz im Ensemble machtvoller und einflussreicher Global Players, seien es Hochfinanz, Börsianer, Konzernspitzen, „Weltpolitiker“ oder auch

Mafia-Bosse. Das Zeitalter ökonomischer Globalisierung ist nicht nur ein manisch vorantreibendes, sondern stilisiert sich auch als ein männlich-heroisches: Die jugendlichen Helden dieser neuen Ära dominieren Weltbörsen, schlagen sich in der New Economy, behaupten sich in entregelten Zonen der Gesellschaft, führen virtuelle und echte, jedenfalls aber „saubere“ Kriege. Im „Turbomaskulinismus“ findet der globale „Turbokapitalismus“ einen fraglos loyalen Sekundanten (Kreisky/Sauer 1998).

Diese maskulinen Inszenierungen greifen keineswegs nur in Top-Etagen von Weltpolitik und globaler Wirtschaft um sich, sie penetrieren auch strategische und innovative Managementfelder der Old Economy. Vor allem aber die New Economy, das Paradestück neo-liberaler Praxis, erscheint geradezu als neue Abenteuerwelt junger Männer. Die Welt der Start-ups präsentiert sich nicht nur als monetarisches „Disneyland“, sondern auch als intaktes „Jung-Männer-Land“. Vereinzelt finden sich – zwecks Ablenkung vom maskulinen Grundtenor – auch Frauen, die aber die nach wie vor stringent männlichen Strukturen wie auch das durchgängige männliche Ethos eigentlich nur zu akzentuieren verhelfen.

5.1. Ära der Globalisierung: Hoch-Zeit für neuen Anti-Feminismus

Die Zuweisung von Chancen erfolgt auch im Zuge der „wahren Orgie der neo-liberalen Modernisierung“ (Montalbán 2000, 25) nach traditionellen Geschlechterregeln. Es ist keinesfalls auszuschließen, dass sich diese sexistischen Praktiken noch verschärfen werden. Der Kapitalismus ist wieder „wild“ geworden. Neue Global Players, ihre Agenten in Staatsapparaten, „Transnationalität“ in Gestalt von Wirtschafts- und Staatskriminalität oder von mafiokratischen Verbindungen und Unternehmensstrukturen, ihre korrupten Komplizen in Polizei- und Justizbereichen, die realen wie virtuellen Krieger der NATO wie paramilitärisches Bandenwesen lassen allesamt dezidiert maskuline Figuren als zentrale Akteure im neo-liberalen Handlungsfeld hervortreten. Und

selbst das weltweite anti-globalistische Netzwerk, in dem auch Frauenbewegungen und Frauen-NGOs aktiv sind, orientiert sich an nach wie vor unmissverständlich maskulinen Leitfiguren, wie etwa der zweifelsohne machistische „Subcommandante Marcos“ zu illustrieren vermag.

Trotz aller neo-liberaler Praktiken sind Frauen aber nicht einfach „abzubauen“. Gerade Abschlankung von Unternehmen (selbst Männlichkeit schützt bekanntlich nicht mehr vor „Ausmusterung“ und Erwerbslosigkeit) und radikale Abschtichung des Sozialstaates bedürfen unentgeltlicher Pflege- und Versorgungsarbeit (von Frauen), um im Zeichen neo-liberaler „Verantwortung“, nicht einmal mehr – wie im bisherigen alt-konservativen Jargon – der „Liebe“, die aus dem System Herausgefallenen (zunehmend auch Männer) aufzufangen und wieder aufzurichten. Soziale Verträglichkeit wird im neo-liberalen System wieder privat und weiblich hergestellt oder aber zu einer neuen Profitquelle kommerzialisiert. Und wenn für Frauen Bildungszugänge wieder erschwert werden, sind sie vielleicht – so hoffen Neo-Liberale, Neo-Konservative wie auch Rechts-Populisten – wieder weniger widerständig gegenüber ihrer „natürlichen“ Pflege- und Reproduktions-Verantwortung, lassen sich leichter von „Kinderschecks“ und ähnlichen Täuschungsmanövern verführen oder verdingen sich gar wieder bereitwilliger in Niedriglohnsmischen eines zunehmend entregelten und destabilisierten Arbeitsmarktes. Frauenkarrieren und Frauenförderung sind in dieser Ideologie gegenstandslos gewordene Vokabel der Vergangenheit. So ist in neo-liberalen Diskursen von Frauen fast nur noch dort die Rede, wo sie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stören vermögen, als Kostenfaktor, wie etwa in der Alterssicherung oder im Mutterschafts- bzw. Elternschaftsurlaub, als arbeitsrechtlich besonders geschützte ArbeitnehmerInnengruppe (z.B. Nachtarbeitsverbot), als Arbeitslosen- oder Notstandsunterstützungen Beziehende und damit das Staatsbudget Belastende, als das patriarchale Arbeitssystem irritierende und belastende Alleinerziehende. Ansonsten erscheinen Frauen zunehmend erneut nur als (reproduzierender, erzie-

hender und pflegender) Teil der patriarchalen Kleinfamilie politikfähig. „Globalisierungsdruck“ und neo-liberale „Sachzwänge“ verschärfen und verallgemeinern all diese Tendenzen.

5.2. Maskulinismus als analytische Kategorie

Mit dem Begriff des Maskulinismus wurden in diesem Text implizite wie explizite, institutionelle wie ideologische Hegemonie von Männlichkeit in Globalisierungsvorgängen angezeigt. Hinter zumeist abstrakt gehaltenen Diskursen und förmlichen Institutionen verbergen sich vorwiegend männliche Lebens- und Erfahrungswelten wie männliche Wert- und Symbolordnungen (Kreisky/Sauer 1997, 5f.). Maskulinismus wirkt in verschiedenen sozialen und politischen Realitäten als standardisierende und durchdringende gesellschaftliche Prägeform. Da er über enorme ideologische Definitions- und Gestaltungsmacht verfügt, vermag er konventionelle gesellschaftliche Diskurse und politische Ordnungen nachhaltig zu strukturieren. Jenseits dieser realen Strukturierungsmacht kann Maskulinismus aber auch als Kategorie geschlechterkritischer Analyse gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse fungieren. In diesem kategorialen Sinne sind unter Maskulinismus alle politisch-ideologischen sowie symbolischen Überzeichnungen und Idealisierungen sozial konstruierter Männlichkeitsweisen wie männlich überhöhter und männlich exklusiver Wertvorstellungen zu verstehen (Kreisky 1997, 164).

Männliche Dominanzstrukturen in öffentlichen wie privaten Lebenswelten schienen in den vergangenen Jahrzehnten merklich zu erodieren. Jedenfalls wurden sie nicht länger fraglos hingenommen. Frauenbewegung, Frauenforschung und Frauenpolitik trugen einiges zum sanften Umbau patriarchaler wie männerbündischer Gesellschaftsverhältnisse bei. Diese längst überfälligen Veränderungen wurden aber nicht als nachholende gesellschaftliche wie politische Demokratisierung empfunden, sondern zu einer Krise hegemonialer Männlichkeit stilisiert.

Wenn diese Veränderungen tatsächlich als handfestes Krisenphänomen festzumachen sind,

ist diese Krise mitnichten als partikulare oder isolierte Episode zu deuten, vielmehr steht sie in direktem Konnex mit anderen gesellschaftlichen „Machtabeben“ (Sassen 2000a) sowie etlichen sich abzeichnenden Neukonfigurierungen gesellschaftlicher wie politischer Machtstrukturen. Das Wort vom vermeintlichen „Ende“ von Politik und (National-)Staat verheißt erneuerte ökonomische Dominanz in globalen Dimensionen, die nicht länger mit politisch induzierten Störungsfronten zu rechnen hat; in ihr werden sich aber auch die Geschlechterverhältnisse entsprechend rückordnen.

Dass sich diese Re-Organisation der Geschlechterverhältnisse unter dem Signum voranschreitender Feminisierung ereignen wird, ist unwahrscheinlich, es erscheint viel eher realistisch, dass sich aufgemöbelte, nachjustierte hegemoniale Männlichkeit behaupten wird. Robert W. Connell (1995; 1997) hat gezeigt, wie hegemoniale Männlichkeit sich jeweils „neu“ zu regulieren vermag, wenn sie unter Modernisierungs- und Globalisierungsdruck gerät.

Maskulinismus als Selbstetikettierung trägt immer dezidiert restaurative geschlechterpolitische Absichten in sich. Er bildet eine „gegenmoderne“ Reaktion auf „gefährdet“ erscheinende Männlichkeitsmuster und formiert sich in aller Regel dann, wenn tendenziell Modernisierung traditionell-hierarchischer Geschlechterordnungen zugunsten von Frauen in Gang zu kommen scheint. Ziel jeder maskulinen Ideologie ist also die Genesung vor-moderner Männlichkeitsmuster und damit auch die Restauration jenes so bequemen Universalismus, in dem das Männliche das Menschliche überhaupt konstituiert hat (vgl. auch Meuser 1998, 154f.). Maskulinismus als Fremdbezeichnung verfolgt dagegen eine ideologie- und patriarchatskritische Analyseintention, die auch am Beispiel rezenter gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen, der Neo-Liberalisierung wie ökonomischer Globalisierung spät-moderner Gesellschaften, umgesetzt werden kann. Maskulinismus sowie institutionalisierte Männlichkeit erweisen sich aus einem solchen kritischen Erkenntnisinteresse als ein weiterer „ideologischer Staatsapparat“ (Althusser 1973,

128f.), weil sie frauen- und gleichstellungs- politische Anliegen nachhaltig zu blockieren vermögen. Im Sinne Althusser's „arbeitet“ der „repressive“ Staatsapparat auf der Grundlage von Repression und Gewalt und der „ideologische“ Staatsapparat auf Basis von Ideologie (ebd., 130).

5.3. Neo-liberale Globalisierung als Ära von Re-Maskulinisierung

Auch globale Ökonomie und internationale Politik bilden eine Arena für die Formation von Geschlechtern und Geschlechterpolitik, für die soziale Konstruktion von Weiblichkeiten, aber eben auch von Männlichkeiten. So lassen sie neue Heroen der Männlichkeit entstehen. Globalisierte Weltmännlichkeit schafft neue Eroberertypen, und globale Virilität erfährt im Börsianer oder Politmanager – im Vergleich zu konventionellen „Kriegern“ und militärischen Helden – eine zeitgemäße „Verfeinerung“. Weil Globalismus De-Nationalisierung von Nationalstaaten sowie Durchkapitalisierung der Welt anstrebt, kann Globalisierung „in sozialer Hinsicht“ nur scheitern (Montalbán 2000, 79). Umso brisanter wird daher die Frage adäquater Integrations- und Kohäsionsressourcen. Auch Männlichkeitsmuster stellen gesellschaftlichen „Kitt“ dar. Der patriarchale Staat als institutioneller Männlichkeitsgarant und Männlichkeitsersatz erodiert aber. Daher müssen neue Bilder von Männlichkeit entworfen werden: Die „wilde“, südländische, schwarze, fundamentalistische Männlichkeit und ihr Gegenentwurf, der Mann, der Frauen und Kinder vor dieser wilden Männlichkeit schützt. Der „kleine Mann auf der Straße“ bildet sich ein, solche Schutzfunktionen zu erfüllen und zumindest daraus „Ehre“ zu gewinnen. Rechtspopulistische Politiker haken genau hier ein: Der „kleine Mann“ müsse vor den Unbilden des Weltmarktes geschützt werden, nicht indem er sich mit anderen „kleinen Männern“ oder gar Frauen verbündet, sondern indem er sich einem „großen Mann“ anschließt (Kreisky/Sauer 1997; 1998).

Eine Reaktivierung autoritärer Politik- und traditioneller Männlichkeitsformen verhilft dazu, globalisierte Unübersichtlichkeiten ver-

meintlich zu ordnen und gesellschaftliche Komplexitäten scheinbar zu reduzieren, indem die sozialen Trennlinien zwischen Männern nicht aufgehoben, sondern penibel verschleiert werden. Der identitätsstiftende Impuls politischer Vergemeinschaftung durch übertriebene Männlichkeit schließt Frauen aus und lässt männliches Globalisierungsleid verdrängen.

ANMERKUNGEN

- 1 Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge danke ich Erna Appelt, Peter Kreisky, Alice Pechriggl sowie Birgit Sauer.
- 2 Ulrich Beck (1997, 26f.) versucht, Begriffsklarheit und Begriffsgenauigkeit in den verwirrenden Globalisierungsdiskursen herzustellen, indem er zwischen *Globalität*, *Globalisierung* und *Globalismus* differenziert. Mit Globalisierung benennt Beck den Prozess weltweiter Vernetzung. Globalität bezeichnet den erreichten Vernetzungsgrad der Welt. Globalismus aber verweist auf Ideologie und Praxis des *Neo-Liberalismus*, der zwecks weiterer kapitalistisch-ökonomischer Durchdringung der Welt den von politischen Regulationen befreiten Weltmarkt forciert.
- 3 In der Phase „ursprünglicher“ Akkumulation des Kapitals bediente man sich verschiedener mehr oder weniger gewalttätiger, so eben auch „räuberischer“, Aneignungsformen (vgl. Karl Marx, Kapital I, 24. Kap., Die so genannte Ursprüngliche Akkumulation). Von Interesse ist daher, wie sich im historischen Verlauf legale und illegale Phänomene amalgamiert haben. Exklusion ist nie als strikte zu erkennen, sondern enthielt immer auch Elemente von Inklusion oder entsprach einer impliziten Arbeits- und Herrschaftsteiligkeit. Die Terminologie vom „Räuber- und Banditentum“ benutze ich hier keineswegs in dem im Alltagsgebrauch vorherrschenden abschätzigen Sinn (z.B. „Gesindel“) oder gar im Sinne eines politischen Kampfbegriffes, wie dies die politische Rechte mit Vorliebe tut (z.B. „Baader-Meinhof-Bande“), sondern im originären Wortsinn, der auf Kennzeichnung eines besonderen sozialen Universums „außerhalb des Gesetzes“ abstellt (Etymologisches Wörterbuch des Deutschen 1995, 94). In diesem Sinne scheint das soziale Phänomen des „Räuber- und Banditentums“ auch bei Eric J. Hobsbawm (1972), Charles Tilly (1985), Stefan Breuer (1998) oder Mary Kaldor (2000) als sozialwissenschaftliche Kategorie auf, die Prozesse der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise sowie Vorgänge der Staatsbildung und des Staatszerfalls zu konkretisieren vermag.
- 4 New Economy ist das neue Konfusionswort, mit dem höchst Unterschiedliches angesprochen wird: Ökonomen benutzen den Begriff, um damit die „neuen

- ökonomischen Regeln“ zu bezeichnen, Betriebswirte meinen dagegen vor allem die „neuen Geschäftsmodelle“ und in der Alltagssprache werden darunter die „jungen Internet-Firmen“ gefasst (Die Zeit, 9.11.2000, 39).
- 5 In den USA lag die Erfolgsquote von Unternehmensgründungen bei etwa 20 Prozent. Als „Erfolg“ gilt bereits, wenn das eingesetzte Kapital angemessen verzinst wurde. Acht von zehn Start-ups waren Misserfolge und die Rate selbständigen Fortbestehens der Unternehmen lag unter 10 Prozent (Der Standard, 10./11.2.2001). Seit Sommer 2000 sind zahlreiche Pleiten von Start-ups und Dotcoms evident, viele Tausende von Arbeitsplätzen gingen in der us-amerikanischen Internet-Industrie und in Online-Medien verloren, viele der neuen Firmen büßten zumindest ihre bis dahin äußerst guten Börsennotierungen ein (Der Standard, 4.1.2001, 10.1.2001, 13./14.1.2001). Manche der Insolventen hatten bloß naive und untaugliche Konzepte der Geschäftsführung; manche der Cyberhelden jedoch hatten ihre Gewinne nur rasch in die Höhe treiben wollen, um dann ebenso plötzlich vom Markt zu verschwinden bzw. sich im virtuellen Raum zu verflüchtigen, nicht ohne freilich AnlegerInnen und InvestorInnen um viel Geld gebracht zu haben; manche aber stecken in einer Veraltungs-Krise, sind also Opfer ihrer eigenen Beschleunigungsdoktrin sowie der mächtigen „Hyperkonkurrenz“; und manche werden samt ihren Ideen von den klassischen Konzernen der Old Economy eingeholt, die mittlerweile ebenfalls gelernt haben, sich des World Wide Webs zu bedienen (Die Zeit, 9.11.2000, 39). „Die Zeit“ (25.1.2001, 19f.) resümiert desillusioniert diese Entwicklung: „Die Zeit der großen Entwürfe im Internet ist vorbei. Ein paar kurze Jahre hinweg trugen die Start-ups das Versprechen einer neuen Form des Wirtschaftens in die Welt, ... Doch aus der Hoffnung ... wurde in der Regel nichts“.
 - 6 Die Kämpfe innerhalb der NATO um die hegemoniale Position in ihr belegen diese Vermutung durchaus.
 - 7 Das 1998 geheim verhandelte multilaterale Investitionsabkommen („MAI“) vermag diesen Konnex drastisch aufzuweisen. „MAI“ zielte vornehmlich darauf, alle politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu liquidieren, „alle kollektiven Strukturen in Frage zu stellen, die der Logik der reinen Marktwirtschaft im Wege stehen“: Nationalstaaten, Gewerkschaften, Kollektivverträge, Genossenschaften usw. (Bourdieu 1998, 3; Mies 1998).
 - 8 Inzwischen sind in den USA acht von zehn neuen Siedlungen „gated“ (Kulturzeit, 3Sat, 30.1.2001) und für den Strafvollzug werden mittlerweile signifikant mehr Budgetmittel aufgewendet als für das System des öffentlichen Schulwesens.
 - 9 Der Kraft bedarf man nur noch beim Joggen oder man trainiert sie in den Kraftkammern der Fitness-Studios, Mut wiederum ist beim Bungee-Jumping oder anderen Extremsportarten angesagt. Physische Ausdauer ist also vermeintlich nur noch ein Thema der „Freizeit“, die in Wahrheit aber den „Arbeitskörper“ präpariert und zurechtbiegt. Das tun selbstverständlich auch Frauen, zumal der durchtrainierte Körper in manchen Berufs- und Positionsfeldern zunehmend als unverzichtbarer Teil der „Berufskleidung“ gilt. Dieser Hinweis richtet sich keinesfalls gegen die Sinnhaftigkeit von Fitness und Gesundheit; mit ihm soll aber Aufmerksamkeit dafür erweckt werden, dass auch eine bestimmte Art von Körperlichkeit zur „unisex“ geschnittenen Uniform eines beruflichen Feldes werden kann. Dass sich hierbei die Normen vor allem maskuliner Lebenswelten als besonders prägend durchsetzen, ist schon eine Erwähnung wert.
 - 10 Lediglich der wirtschaftliche Abschwung im Afrika südlich der Sahara als Folge der Strukturanpassungspolitik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds und drastischer Einschnitte in öffentliche Budgets hat die (offizielle) Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt rückläufig werden lassen. In informellen Sektoren der Ökonomie und im Subsistenzbereich freilich ist Frauenarbeit relevant wie eh und je.
 - 11 Die freien Exportzonen des Textil-, Bekleidungs-, Spielzeug- und Elektroniksektors beschäftigen im Durchschnitt 80 Prozent Frauen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Althusser*, Louis (1973). Marxismus und Ideologie. Probleme der Marx-Interpretation, Berlin.
- Altwater*, Elmar (1987). Sachzwang Weltmarkt, Hamburg.
- Altwater*, Elmar/Birgit *Mahnkopf* (1996). Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.
- Beck*, Ulrich (1997). Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main.
- Bolz*, Norbert/Friedrich *Kittler*/Raimar *Zons* (Hg.) (2000). Weltbürgertum und Globalisierung, München.
- Bonß*, Wolfgang (1997). Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit, in: Ekkehard *Lippert*/Andreas *Prüfert*/Günther *Wachtler* (Hg.): Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft, Opaden, 21–41.
- Bourdieu*, Pierre (1997). Die männliche Herrschaft, in: Irene *Dölling*/Beate *Krais* (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis, Frankfurt am Main, 153–217.
- Bourdieu*, Pierre (1998). Die Sachzwänge des Neoliberalismus. Was ist der Neoliberalismus? Ein Programm zur Zerstörung kollektiver Strukturen, die noch in der Lage sind, der Logik des reinen Marktes zu widerstehen, in: *Le Monde diplomatique*, 13.3., 3.
- Breuer*, Stefan (1998). Der Staat. Entstehung, Typen, Organisationsstadien, Reinbek bei Hamburg.
- Chomsky*, Noam (1997). Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung, Lüneburg.
- Chomsky*, Noam (2000). Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg/Wien.

- Connell, Robert W. (1995). *Masculinities*, Cambridge/Oxford.
- Connell, Robert W. (1997). *Masculinities and Globalization*, Paper given at the Colloquium on «Masculinities in Southern Africa», University of Natal-Durban, July.
- Friedman, Milton (1976). *Kapitalismus und Freiheit*, München.
- Galtung, Johan (1998). *Die andere Globalisierung. Perspektiven für eine zivilisierte Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert*, Münster.
- Harvey, David (1997). *Betreff Globalisierung*, in: Steffen Becker/Thomas Sablowski/Wilhelm Schumm (Hg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Hamburg, 28–49.
- Haug, Frigga (1996). *Das neoliberale Projekt, der männliche Arbeitsbegriff und die fällige Erneuerung des Geschlechtervertrags*, in: *Das Argument* 38(5/6), 683–695.
- Haug, Frigga (1999). *Sexuelle Deregulierung oder Der Kinderschänder als Held im Neoliberalismus*, in: dies., *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit. The Duke Lectures*, Hamburg, 153–176.
- Hinkelammert, Franz J. (1994). *Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie*, Luzern/Mainz.
- Hobsbawm, Eric J. (1972). *Die Banditen*, Frankfurt am Main.
- Hollstein, Walter (1988). *Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer*, Hamburg.
- Jessop, Bob (1997). *Nationalstaat, Globalisierung, Gender*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS-Sonderheft 28*, Opladen, 262–292.
- Kaldor, Mary (2000). *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt am Main.
- Knobloch, Clemens (1996). *Standort-Rhetorik, Beitrag auf der BdWi-MV 96*, in: <http://userpage.fu-berlin.de/~comtess/neolib/knobloch.htm>.
- Kreisky, Eva (1997). *Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*, Frankfurt am Main/New York, 161–213.
- Kreisky, Eva/Birgit Sauer (1997). *Maskulinismus und Staat – Zwei Institutionen unter Globalisierungsdruck?*, in: *Neue Impulse*, 5.
- Kreisky, Eva/Birgit Sauer (1998). *Turbomaskulinismus*, in: *Freitag*, 15.6.
- Kreisky, Eva/Birgit Sauer (2000). *Sicherheit, Demokratie und Geschlecht*, in: Heinz Gärtner/Otmar Höll (Hg.): *Comprehensive Security. Endbericht, Projekt im Auftrag des BMBWK*, Wien, 122–161.
- McChesney, Robert W. (2000). *Einleitung*, in: Noam Chomsky, *Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung*, Hamburg/Wien, 7–19.
- Meuser, Michael (1998). *Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster*, Opladen.
- Meuser, Michael (2001). *Männerwelten. Zur kollektiven Konstruktion hegemonialer Männlichkeit*, in: www.ruendal.de/aim/pdfs/Meuser.pdf.
- Mies, Maria (Hg.) (1998). *Lizenz zum Plündern. Das multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“. Globalisierung der Konzernherrschaft – und was wir dagegen tun können*, Hamburg.
- Montalbán, Manuel Vázquez (2000). *Marcos. Herr der Spiegel*, Berlin.
- Narr, Wolf-Dieter/Alexander Schubert (1994). *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt am Main.
- Nogala, Detlev (1998). *Sicherheit verkaufen. Selbstdarstellung und marktstrategische Positionierung kommerzieller „Sicherheitsproduzenten“*, in: Ronald Hitzler/Helge Peters (Hg.): *Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse*, Opladen, 131–154.
- Roesler, Alexander (2001). *Mythos Internet*, Frankfurt am Main.
- Sassen, Saskia (2000a). *Machtbeben. Wohin führt die Globalisierung?*, Stuttgart/München.
- Sassen, Saskia (2000b). *Blinde Flecken. Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft*, in: http://www.berlin-stadtderfrauen.de/de/kongress/docs/sassen_d.html.
- Sauer, Birgit (1999). *Nationalstaat und Männlichkeit*, in: <http://www.alhambra.de/zeitung/dez1999/maenn.htm>.
- Tilly, Charles (1985). *War Making and State Making as Organized Crime*, in: Peter B. Evans/Dietrich Rueschemeyer/Theda Skocpol (Hg.): *Bringing the State Back In*, Cambridge, 169–191.
- Wallerstein, Immanuel (1986). *Das moderne Weltssystem – Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt am Main.
- Whitaker, Reg (1999). *Das Ende der Privatheit. Überwachung, Macht und soziale Kontrolle im Informationszeitalter*, München.

AUTORIN

Eva KREISKY, Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien mit dem Forschungsschwerpunkt Politische Theorie, insbesondere Feministische Theorie, Staats- und Institutionentheorie.

Korrespondenzadresse: Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Währingerstraße 17, 1090 Wien.